

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großschönau und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Wegau und Taucha

**Bezugspreis** mit Illustr., Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 83477

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraph-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telefon** 72208. — **Berlin in Leipzig:** Tauchaer Straße 19/21 — **Telefon** 72208

**Inseratenpreise:** Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorschrift 40 Pf., Familienanzeigen von Privaten mit 50% Nachl. Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Pf., Reklamezettel 2 M., Inserate von auswärtig: die 10gepalt. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorschrift: 50 Pf., Reklamezettel 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

# Geringer Erfolg in London

## Der Kampf um den Kredit

SPD London, 22. Juli.

In der Mittwochvormittags-Sitzung der Siebenmächtekonferenz, die bis kurz vor 13 Uhr dauerte, wurde eine grundsätzliche Einigung über die wesentlichen Punkte eines Schriftstückes erzielt, in dem die Ergebnisse der Konferenz festgelegt werden sollen. Auch die Franzosen haben sich, wie auf deutscher Seite unterstrichen wird, durchaus positiv zu den Vorschlägen verhalten. Sie haben im wesentlichen eine Stärkung des deutschen Kredits in der Welt zum Ziel.

In der Einleitung des Schriftstückes heißt es, daß die Aufrechterhaltung der finanziellen Stabilität Deutschlands im Interesse der gesamten Welt liege. Aus diesem Grunde empfehlen die Regierungen den Zentralnotenbanken, ihre kurzfristigen Kredite an Deutschland in langfristige umzuwandeln. Ueber gewisse Einzelheiten, insbesondere über die Modalitäten eines Rediskontkredits, verhandeln die Finanzminister nachmittags weiter. Am Donnerstagvormittag findet eine neue Plenarkonferenz statt. Man hofft, daß die Konferenz bis Donnerstagabend zu Ende geführt werden kann.

Auf Grund einer deutschen Anregung dürften internationale Finanzkapazitäten von der Konferenz beauftragt werden, unversichtlich an Ort und Stelle, d. h. in Berlin zu prüfen, inwieweit die in London beschlossenen Maßnahmen ausreichen und welche weiteren Maßnahmen den Regierungen empfohlen werden müssen.

Ergänzend wird von dem Soz. Pressebüro dazu aus London berichtet:

Die Gewährung eines Rediskontkredits an Deutschland, die am Mittwochnachmittag von den in London weilenden Finanzministern der verschiedenen Mächte besprochen wurde, ist nicht ganz einfach zu regeln. Frankreich wünscht selbst für einen solchen Kredit Sicherungen wirtschaftlicher und politischer Art. Wirtschaftliche Sicherungen sind von deutscher Seite in Form der bei der Reichsbank liegenden Wechsel geboten worden. In politischer Hinsicht hofft man eine Verständigung in den zahlreichsten Aussprachen zu erzielen, die gegenwärtig inoffiziell zwischen den Außenministern der hier vertretenen Länder stattfinden. So hatte Curieux am Mittwoch u. a. längere Unterredungen mit Briand und Stimson.

In Konferenzkreisen diskutiert man neuerdings auch wieder hart die Möglichkeit der Gewährung eines Kredits an Deutschland durch Amerika und England unter Beteiligung von Japan ohne Frankreich. Um einen solchen Kredit zu ermöglichen, müßte sich Frankreich aber verpflichten, keine Gelder mehr aus England zurückzuführen. Wie notwendig das ist, zeigt die neueste Abschwächung des Fundturfs. Die Bank von England verlor am Mittwoch wieder fast 3/4 Millionen Pfund Gold und hat seit dem 13. Juli, an dem die Goldabzüge einsetzten, bereits 420 Millionen Mark Gold abgeben müssen.

Ein anderes Problem, das am Mittwoch ebenfalls besprochen wurde, ist die Forderung der Verteilung der kurzfristigen Schulden in Deutschland. Frankreich ist nur mit schätzungsweise fünf Prozent an den kurzfristig in Deutschland befindlichen Geldern beteiligt. England und Amerika wünschen eine größere Beteiligung Frankreichs, aber auch hier tauchten die gleichen Schwierigkeiten auf wie bei der Gewährung eines neuen Kredits.

In England besteht nach wie vor die Überzeugung, daß es nicht genügt, wenn es der Konferenz nur gelingt, die augenblickliche Not Deutschlands zu überbrücken. Eine Konferenz im Herbst müßte folgen und zwar auf der breiteren Grundlage der Revision

der Kriegsschulden. Es müßte nicht nur stillschweigend als feststehend angenommen werden, daß die alten Zahlungen nach dem Hoover-Jahr nicht fortgeführt werden, sondern zur Wiederherstellung des Vertrauens müßte wenigstens eine praktische Lösung in Aussicht gestellt werden. Im anderen Falle befürchtet man, daß die Revision, die in einem Jahr doch eintreten müßte, neue politische Beunruhigung hervorrufen würde.

## Heute Schluß in London

SPD London, 23. Juli.

Die Londoner Konferenz ist praktisch bereits zu Ende. Die Mittwochnachmittags-Sitzung der Finanzminister hat mit der einstimmigen Annahme eines Berichts geendet, der heute in einer Schlußsitzung dem Plenum der Siebenmächtekonferenz unterbreitet und von ihm gutgeheißen werden wird.

Dieser Bericht wird an positiven Maßnahmen zwei Punkte enthalten, und zwar erstens die Bildung eines Stillhaltekonjunktions aller ausländischen Banken, die in Deutschland kurzfristige Kredite hypothekiert haben und die sich verpflichten sollen, keine weiteren Zurückziehungen dieser Kredite vorzunehmen; zweitens, der **unverzügliche Rediskontkredit in Höhe von 100 Millionen Dollar**, der am 16. Juli fällig war und bereits einmal bis zum 15. August verlängert wurde, wird abermals um drei Monate verlängert werden. Die anfänglich erstrebte langfristige Anleihe wäre nur mit Zustimmung Frankreichs unter politischen Vorbedingungen möglich gewesen.

In den Kreisen der deutschen Delegation ist man mit diesem Ergebnis der Konferenz keineswegs unzufrieden, obwohl man in angloamerikanischen Kreisen über diese Zufriedenheit außerordentlich verwundert ist.

## Enttäuschung in England

SPD London, 23. Juli.

Die französische Erklärung über die Abrüstung hat in England enttäuscht und erbittert.

Der Daily Herald schreibt dazu in einem Leitartikel: „Der Moment für die Veröffentlichung ist unglücklich. Das Dokument selbst ist noch unglücklicher, denn diese These des Herrn Maginot würde, wenn sie überall angenommen würde, das Ende der Hoffnungen für jede wirkliche Abrüstung im nächsten Jahre bedeuten. Maginots Argument ist, daß Frankreich, um sicher zu sein, stärker sein müsse als seine Nachbarn. Wenn das wahr ist, dann ist es ebenso wahr, daß seine Nachbarn, um sicher zu sein, wiederum stärker sein müssen als Frankreich. Wenn jedes Land mit diesem Vorbehalt nach Genf geht, dann besteht wenig Hoffnung auf einen Erfolg der Abrüstungskonferenz.“

## Reparationen und Kriegsschulden

SPD Neunort, 23. Juli.

Der Vorsitzende des amerikanischen Gewerkschaftsbundes forderte in einer öffentlichen Erklärung die Revision des Reparationsproblems, wie überhaupt des Problems der internationalen Schulden. Das Hoover-Jahr verzögere die endgültige Abrechnung. Im Verlauf des Winters wird die Exekutive der amerikanischen Gewerkschaften wahrscheinlich das Schuldenproblem von neuem aufrollen.

## Keine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit

### Die Notverordnung, wie das Reichskabinett sie aufstellt

Wie das Nachrichtenbüro des DZ meldet, sind die Verhandlungen des Reichsarbeitsministeriums mit den einzelnen Industriegruppen über die Senkung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden abgeschlossen. Auch nach diesen Verhandlungen ist das Arbeitsministerium nach der Ansicht, daß es besser wäre, die Einführung der 40-Stundenwoche im Wege freiwilliger Vereinbarungen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu erzielen und von einer besonderen Verordnung, die die 40-Stundenwoche tritt, vorzuziehen würde, abzusehen. In Ausführung der durch die Notverordnung gegebenen Möglichkeit, die 40stündige Arbeitswoche im Interesse der Milderung der Erwerbslosigkeit herbeizuführen, hat das Reichsarbeitsministerium daher Ausführungsbestimmungen ausgearbeitet, die auf dem Gedanken der Freiwilligkeit aufgebaut sind und mit denen das Reichskabinett sich nunmehr beschäftigen kann, sobald keine dringenderen Beratungsgegenstände vorliegen. Von der weiteren Ermächtigung der Notverordnung eine Verordnung zur zwangsweisen Einführung der Arbeitszeitverkürzung zu erlassen, hat der Arbeitsminister bisher keinen Gebrauch gemacht.

## Streitbekämpfung durch einstweilige Verfügung

CPD Berlin, 21. Juli.

In einer Berliner Tischerei, die der Arbeitgebervereinigung für das Holzgewerbe angeschlossen ist, wird auf Veranlassung des Deutschen Holzarbeiterverbandes gegenwärtig von der Belegschaft gestreikt, um eine Kürzung der Löhne zu verhindern. Die Arbeitgebervereinigung hat nunmehr durch das Arbeitsgericht gegen die Gewerkschaft eine einstweilige Verfügung erwirkt, durch die der Arbeitnehmerorganisation unter Androhung einer Geld- oder Haftstrafe für jeden Fall der Zuwiderhandlung unterlagt wird, die Weiterführung des Streikes zu organisieren oder zur Sperrung des Betriebes aufzufordern. Hier namentlich ausgeführten Mitgliedern der Betriebsvertretung wird weiter durch die Verfügung verboten, selbst Streikposten zu legen oder andere Posten in der Nähe des Betriebes aufzustellen. Auch die Bildung einer Streikleitung ist untersagt worden. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat gegen die einstweilige Verfügung, die ohne vorherige mündliche Verhandlung ergangen ist, Einspruch erhoben. Das Arbeitsgericht wird nun die auch prinzipiell wichtige Entscheidung zu treffen haben, ob Streiks durch einstweilige Verfügungen untersagt werden können. Die Gewerkschaft sieht auf dem Standpunkt, daß durch derzeitige Verfügungen das in der Verfassung gewährleistete Koalitions- und Streikrecht hinfällig gemacht werde.

## Zur Notverordnung über die Presse

K. L. Für die durch die Notverordnung vom 17. Juli eingeführte Verpflichtung der Zeitungen, Rundgebungen der Behörden abzudrucken, ist Bezug genommen worden auf das französische Presserecht. Aber der Unterschied zwischen dem französischen Vorbild und der deutschen Fassung ist doch recht erheblich. Der Artikel 12 des französischen Gesetzes über die Freiheit der Presse lautet nämlich:

„Der verantwortliche Redakteur ist verpflichtet, an der Spitze der nächsten Nummer der Zeitung oder Zeitschrift ohne Bezahlung alle Richtigstellungen zu bringen, die ihm von einer Behörde bezüglich eines Aktes ihrer Zuständigkeit, über den von der Zeitung oder Zeitschrift ungenau berichtet worden ist, zugehen. Die Richtigstellung darf auf keinen Fall den doppelten Raum des Artikels, auf den sie erwidert, überschreiten.“

Wir Sozialdemokraten hätten bestimmt nichts dagegen einzuwenden gehabt, wenn diese vernünftige Bestimmung auch in die deutsche Gesetzgebung aufgenommen worden wäre. Aber wie ganz anders sind die Auswirkungen des § 1 unserer Notverordnung!

Stellen wir gegenüber: Die Anwendung der französischen Vorschrift hat zur Voraussetzung, daß in der Zeitung „ungenau berichtet“ worden ist: diese Voraussetzung fehlt bei uns; es müssen die Rundgebungen und Berichtigungen auch dann abgedruckt werden, wenn in der Zeitung nicht nur völlig wahrheitsgemäß berichtet, sondern sogar eine authentische Deklaration abgedruckt war (etwa eine Ministerrede nach dem amtlichen Wortlaut u. ä.). Die zum Abdruck bestimmte behördliche Berichtigung muß sich in Frankreich auf die Berichtigung von ungenauen Angaben beschränken: in Deutschland sind dem Inhalt der behördlichen Rundgebung keine Schranken gesetzt; sie kann eine reine Willkürgebilde der „obersten Behörde“ sein, sich auf alle Dinge beziehen, und legitim etwa in der Aufforderung an die Leser enden, bei den nächsten Wahlen nationalsozialistisch zu wählen. In Frankreich ist die Richtigstellung räumlich beschränkt: sie darf auf keinen Fall mehr als das Doppelte des berichtigen Artikels beanspruchen: in Deutschland kennt die Berichtigung nicht nur keine Grenzen — sie kann also zwanzig, dreißig und noch mehr Zeitungsseiten beanspruchen —, sondern sie muß auch in der von der Behörde vorgeschriebenen Schriftart und Schriftgröße gedruckt werden, z. B. — wenn Herr Franzen dies wünscht — alte Schwabacher Hausfraktur im Korpusformat. In Frankreich steht das behördliche Berichtigungsrecht allen Behörden zu: in Deutschland nur den „obersten Reichs- und Landesbehörden“ (und den von ihnen delegierten nachgeordneten Behörden: Oberpräsident, Polizeipräsident usw.), nicht aber den kommunalen Behörden und den öffentlichen Verwaltungen gemeinwirtschaftlicher Betriebe. In Frankreich wird eine Zeitung, die die behördliche Einseitigkeit nicht abdruckt, zum Abdruck gezwungen: in Deutschland kann die Zeitung, die die ihr zugegangene behördliche Rundgebung usw. nicht in der „nächstfolgenden, für den Druck nicht bereits abgeschlossenen Nummer“ bringt, bis auf die Dauer von acht Wochen verboten werden. In Frankreich darf die Zeitung auf die behördliche Entgegnung sofort erwidern: in Deutschland nicht in der gleichen Nummer.

Gewiß wird alles davon abhängen, wie die Organe, die für die Durchführung der Notverordnung berufen sind, sie anwenden. Aber da wir in Braunschweig einen nationalsozialistischen Innenminister haben, dürfte es vielleicht nicht unangebracht sein, durch die Konstruktion eines extremen Falles zu zeigen, was nach der neuen Notverordnung in dieser Beziehung alles zu Recht erfolgen kann:

Unser Braunschweiger Parteiblatt — so nehmen wir an — bringt den von einem vereidigten Stenographen verfaßten wortgetreuen Bericht über die gerichtliche Verhandlung seines Einpruchs gegen eine vom Minister Franzen gegen es erwirkte einstweilige Verfügung, ohne Zusatz und ohne Kommentar. Am nächsten Tag, um 9 Uhr, erhält der verantwortliche Redakteur vom braunschweigischen Innenministerium eine von diesem Prozeß ausgehende und wer weiß wo endende Broschüre von 18 Druckseiten mit der dreispaltigen und im Siebenzeilerformat zu druckenden Überschrift: „Die sozialdemokratischen Betrüger am Pranger“. Welche finanzielle Belastung die Ausführung dieses „behördlichen Druckauftrags“ für den Verlag bedeutet, braucht wohl nicht noch besonders hervorgehoben zu werden. Aber auch technisch wäre der Betrieb wohl kaum noch in der Lage, um diese Zeit den Druckauftrag auszuführen. Und was dann? Ja, dann kann der braunschweigische Innenminister eben kraft Gesetz und Recht unser Parteiblatt für acht Wochen verbieten! Der Reichsinnenminister hat am Sonnabend die Länderregierungen zu einer vorläufigen Anwendung der neuen Notverordnung gemahnt. Aber wer gibt die Garantie, daß Herr Franzen sich



# Severings Antwort an die KPD

## Nothilfe für Jugenberg

Berlin, 22. Juli.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Innenminister Severing auf das gestern veröffentlichte Schreiben der kommunistischen Landtagsfraktion folgende Antwort zu Händen des Abgeordneten Schwentl erteilt:

Auf Ihr Schreiben vom 21. Juli teile ich Ihnen mit, daß die Preussische Staatsregierung es ablehnt, Maßnahmen zum Schutze der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zum Gegenstand eines politischen Tauschhandels zu machen.

Wie die Telegraphen-Union, das Nachrichtenbüro Jugenbergs (1), von kommunistischer Seite erfährt, ist man dort von der ablehnenden Antwort des preussischen Innenministers auf die in ultimativer Form geforderten kommunistischen Forderungen keineswegs überrascht worden. Die kommunistische Partei sei sehr entschlossen, ihre Anhänger aufzufordern, bei dem für den 8. August anberaumten Volksentscheid sich für die sofortige Auflösung des Preussischen Landtages einzusetzen. Die Kommunisten würden nunmehr „die Führung des Volksentscheids“ übernehmen.

In Wirklichkeit bedeutet die Entscheidung der KPD nichts anderes, als daß die kommunistischen „Arbeiterführer“ hinter den Jugenberg, Hitler und Selbste herlaufen. Und den kommunistischen Arbeitern müßen sie zu, die Hilfstruppen zu der Aktion der vereinigten Reaktion „gegen den Marxismus“ zu stellen!

Die kommunistischen Wähler sollen das Stimmvieh bilden zur Durchführung des Volksentscheids der vertrachten Wirtschaft-

an diese Mahnung hält, zumal ja der Reichsinnenminister in diesem Falle gar kein Mittel hat, gegen ihn vorzugehen. Herr Franzen kann natürlich auch solche behördlichen Kundgebungen allen sozialdemokratischen Zeitungen, die über den angenommenen Prozeß berichtet hätten, zum Abdruck zugehen lassen. Und sie alle zum Abdruck verpflichtet. Freilich: über die Ausführung hätte Herr Franzen nur in Braunschweig zu verfügen, in den andern Fällen jeweils die Organe der Landesregierung.

Eine Umänderung dieses Teils der neuen Notverordnung im Sinne des französischen Rechts ist dringend notwendig, und es ist zu hoffen, daß unsere Reichstagsfraktion sich bei Zeiten dafür einsetzt. Die französische Fassung reicht voll auf aus, um dem angestrebten Zweck gerecht zu werden.

Und nun die andere Bestimmung der Notverordnung: „Periodische Druckschriften können verboten werden, wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet wird.“

Wir wollen durchaus zugeben, daß im Kampf gegen das politische Rowdntum auch nicht vor den Zonen der Zeitung haltgemacht werden darf. Aber man soll es doch nicht so darstellen, als ob erst durch die letzte Notverordnung die Möglichkeit gegeben sei, dagegen einzuschreiten. Und wenn man der Annahme ist, daß Reichsstrafgesetzbuch und Pressegesetz nicht ausreichen, nun, dann wird man daran erinnern müssen, daß wir ja noch zwei Gesetze haben, die ein Einschreiten gegen Zeitungen bis zum Verbot im Verwaltungswege ermöglichen: das Republiksschutzgesetz vom März 1930 und die Notverordnung vom 28. März. Nach dem Republiksschutzgesetz können Tageszeitungen bis zu vier Wochen (Zeitschriften bis zu sechs Monaten) verboten werden, „wenn ihr Inhalt auf Grund dieses Gesetzes strafbar ist“. Nach der Notverordnung vom 28. März 1931 können Zeitungen und Zeitschriften bis auf die Dauer von acht Wochen bzw. sechs Monaten verboten werden, wenn in ihnen

1. zum Ungehorsam gegen Gesetze oder rechtsgültige Verordnungen oder die innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen der verfassungsmäßigen Regierung oder der Behörden aufgeführt oder angezettelt wird oder

2. Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden oder

3. eine Religionsgesellschaft des öffentlichen Rechts ... beschimpft oder böswillig verächtlich gemacht werden.“

Nimmt man alle vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten zusammen, so ergibt sich hieraus, daß sie zahlreich genug sind, um gegen das Rowdntum in der Presse vorzugehen. Wir wollen im Augenblick nicht darüber streiten, ob diese oder jene Bestimmung erweitert oder eingengt werden müßte. Wo der Wille und die — leider häufig fehlenden — entsprechenden Anweisungen an die Staatsanwaltschaft vorhanden sind, ließe sich auch in den „Zeiten höchsten Notstandes“ ungeheuer viel erzielen. Aber wenn die neue Notverordnung als Voraussetzung für ein Zeitungsverbot auch den Absatz 4 von § 1 der Notverordnung vom 28. März — „daß in sonstiger Weise die öffentliche Sicherheit oder Ordnung gefährdet wird“ —, der in der alten Notverordnung nur Voraussetzung für ein Versammlungsverbot war, gelten läßt, so wird durch diese allgemeine und lauschkartartige Bestimmung die Presse unter einen derartigen Druck gesetzt, daß man nicht ohne Ueberdrehung zu sagen berechtigt ist: Hier wird die Pressefreiheit aufgehoben. Die neue Bestimmung ist bedeutend weitergehend als etwa der entsprechende Passus im Artikel 48 der Reichsverfassung. Denn die öffentliche Sicherheit und Ordnung braucht nicht „erheblich“ gefährdet, und die Gefährdung nicht durch eine konkrete Handlung, sondern ganz allgemein durch den „Inhalt“ gegeben zu sein. In einem Interview erklärte der Berliner Polizeipräsident, der Genosse Grzejinski: „Bisher waren konkrete Tatbestandsmerkmale notwendig, um ein Verbot zu erlassen. Von nun an ist das Verbot Ermessungssache.“

Dieser Gebanengang scheint uns sehr gefährlich zu sein. Es muß für jeden Verwaltungs- und Justizmann, und vor allem für jeden Sozialdemokraten, möglich sein, auch die inoffizielle Persönlichkeit unter ein konkretes Tatbestandsmerkmal zu fassen. Angenommen nun, die Tatbestandsmerkmale der gesetzlichen Bestimmungen seien nicht scharf genug; nun, dann möge man sie erweitern und verschärfen. Aber man hüte sich davor, den andern Weg zu gehen, der an die Stelle eines konkreten Tatbestandes das „freie Ermessen“ setzt. Man hüte sich vor allem dann davor, wenn es um das wichtigste Organ der öffentlichen Meinung und Demokratie geht: um die Presse. Denn das „konkrete Tatbestandsmerkmal“ ist die primitivste Voraussetzung einer jeglichen Rechtsicherheit.

Das Ergebnis: Es ist im Interesse der Erhaltung der deutschen Demokratie und nicht minder im Interesse eines wirklich durchgreifenden Kampfes gegen das politische Rowdntum, daß unsere Reichstagsfraktion sich für eine baldige Aufhebung oder Milderung der Notverordnung um die Presse einsetzt. An der angespannten Wachsamkeit der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und ihrer Organe wird es liegen, daß die gefährlichen Möglichkeiten dieses Gesetzes nicht zu Wirklichkeiten werden.

## Für Pressefreiheit

### Eine nicht zu rechtfertigende Notverordnung

Unter dieser Ueberschrift schreibt unser Kölner Parteiblatt, die vom Genossen Solmann geleitete „Rheinische Zeitung“:

Die Presse-Notverordnung vom 17. Juli 1931 enthält den Satz: „Periodische Druckschriften können verboten werden, wenn durch ihren Inhalt die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet ist“. Damit ist der Willkür gegenüber der Presse keine Schranke mehr gezogen. Tatsächlich ist durch die beliebig auslegbare und dehnbare Bestimmung den Verwaltungsbehörden die Möglichkeit gegeben, jede Zeitung zu verbieten, die nach der oft weltfremden und pressefeindlichen Haltung dieser Behörden „die öffentliche Ordnung und Sicherheit“ gefährdet. Wenn der Sozialdemokratische Pressedienst recht hat, daß die Anregung dieser Notverordnung von der preussischen Staatsregierung ausgeht, so darf uns alle Anerkennung für die Verdienste der preussischen Minister nicht hindern auszusprechen, daß sie hier einen so folgenschweren Fehler begangen haben. Anscheinend ist der geistige Urheber dieser in solchem Umfange nie dagewesenen Presseverletzung der dem Zentrum angehörende Ministerialdirektor Kaufener, ein Führer der katholischen Aktion. Er hat das Polizeidekret im Innenministerium. Was er zur Begründung des Votens auf die Pressefreiheit dieser Tage sagte, verdient, daß er eine begriffliche Abneigung gegen „Sensationalität“ hat, aber das rechtfertigt noch keine Notverordnung.

Es werden dann die von uns bereits wiedergegebenen Schlüsse aus dem Artikel des Genossen Severing im „Vorwärts“ zitiert, und dann heißt es weiter:

„Die Meinung unseres Freundes Severing in Ehren, aber in diesem Falle müssen wir ihm scharf widersprechen. Wir haben unsere Erfahrungen mit Verwaltungsmännern „aller Parteien“

## Der wachere Heifer



„Hurra, es geht weiter — es schiebt einer von hinten!“

und wollen ihnen die Entscheidung darüber, was der Presse und damit dem Volke frommt, nicht in die Hand geben. Wir lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, das deutsche Volk unter die Vormundschaft einiger Duzend hoher Bürokraten stellen zu lassen.

Die Reichsregierung und die preussische Regierung stehen vor der seitlichen Erscheinung, daß die Presse aller Richtungen, auch die der durchaus staatsstreuen, sich gegen diese Notverordnung erhebt. Daraus sollten die regierenden Männer Folgerungen ziehen.

Die „Rheinische Zeitung“ hat es an „Selbstdisziplin“ niemals fehlen lassen. Sie wird sich aber von niemandem, auch nicht von ihren eigenen Freunden, das Recht zur freien Meinungsäußerung beschränken lassen. Wir werden uns der ganzen Presse willen diese Notverordnung bekämpfen und nötigenfalls gegen sie rebellieren. Die vielen Zeitungsverbote der letzten Wochen zeigen, daß auch ohne neue Notverordnung eingegriffen werden konnte, wenn man nur wollte.“

### Keine Courage

SPD. Berlin, 22. Juli.

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Dienstag gegen die Presse-Notverordnung des Reichspräsidenten eine Entschlieung gefaßt, deren Veröffentlichung unter die Notverordnung fallen und mit einem Verbot des betreffenden Blattes geahndet würde. Wir stellen dazu fest, daß die Berliner Jugenbergpresse nicht die Courage gehabt hat, die Entschlieung zu veröffentlichen und sich damit begnügt, sie im Auszug wiederzugeben.

## Kein Geld für Renterversorgung

Die Reichsregierung hat dem Reichstage eine Uebersicht über ihre Antworten auf Entschlieungen zugehen lassen, die der Reichstag vor längerer Zeit angenommen hatte. Es ergibt sich aus den Antworten, daß die Reichsregierung wiederum die Möglichkeit eines Renterversorgungsgesetzes geprüft hat. Sie sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß ein solches Gesetz, das den Kleinrentnern einigermaßen ausreichende Bezüge gewährte und sie von der Finanzprognose der Fürsorge befreie, dem Reich jährlich mindestens 200 bis 300 Millionen Mark Kosten auslösen würde. Bei der Finanzlage des Reiches sei daher die Durchführung eines Renterversorgungsgesetzes nicht möglich. Auch dem weiteren Ersuchen, über die im Haushalt 1930/31 bewilligten Mittel hinaus Beträge für die Rentner bereitzustellen, habe nicht entsprochen werden können.

Weiter erinnert die Reichsregierung u. a. daran, daß in ihrem Entwurf eines Bergarbeitergesetzes der § 46 die Mitwirkung von Arbeitern als Grubenaufsichtsmännern bei der Durchführung des Arbeitsschutzes im Steinkohlenbergbau vorsehe. Die Möglichkeit einer Verallgemeinerung des in § 84 des Betriebsrätegesetzes gegebenen Schutzes gegen unbillige Härten bei Änderungen werde beim Entwurf eines Arbeitsvertragsgesetzes geprüft werden. Gegen eine Verwirklichung des Rindungsorgans durch lange Mindestfristen beständen erhebliche Bedenken gerade im Interesse der älteren Arbeiter. Im Reichsarbeitsministerium sei der Entwurf eines Gesetzes über Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen in Vorbereitung, der die Neugestaltung des Tarifrechtes bringen solle. Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung sei angewiesen, bei der Vermittlung von Arbeitssuchenden auf etwaigen Doppelverdienst besonders aufmerksam zu machen.

### Diskonterhöhung in England

WTB. London, 22. Juli. Die Bank von England erhöht ihren Diskontsatz von 2½ auf 3½ Prozent.

fürher und der wildgewordenen Nationalisten. Sie sollen mit-helfen, den festgefahrenen Karren der Jugenberg und Selbde und Hitler aus dem Dreck zu ziehen. Mit Hilfe der kommunistischen Arbeiterwähler soll die preussische Regierung, mit den Sozialdemokraten Braun und Severing, gestürzt werden, damit die nationalsozialistischen Katastrophopolitiker, die unfähigen Industriehexen und die bankrotten ostelbischen Junker wieder die Herrschaft in Preußen übernehmen können.

Unter dem Eindruck der furchtbaren Wirtschaftskrise und der katastrophalen Zusammenbrüche ist der Glaube an das kapitalistische System bis weit in die Reihen des deutschen Bürgertums hinein tief erschüttert. Die furchtbaren Stöße des Zusammenbruchs öffnen dem proletarisierten Mittelstand und jenen Arbeiterschichten die Augen, die bisher noch von rechtsstehenden bürgerlichen Parteien eingefangen worden sind. Vor aller Augen steht der Bankrott der kapitalistischen Wirtschaftsführer. Der Niedbruch hat zugleich hemmend und lähmend auf die Festhalten gewirkt. Nur mit halbem Herzen, den sicheren Mißerfolg vor Augen, geben sie an den Volksentscheid in Preußen heran. Niemals war klarer als heute, was das Geschehen gegen das „marxistische Preußen“ bedeutet. Jeder erkennt, daß die bankrotten Kapitalisten die Hand nach dem preussischen Staate ausstrecken, damit sie im Staate denselben Trümmerhaufen anrichten können, wie in der Wirtschaft. Die Sozialdemokratische Partei hat die Schuld der bankrotten Wirtschaftsführer unbarmerzig vor dem ganzen Volke aufgeführt. Die Anklage hat das deutsche Scharfmachertum auf das härteste getroffen. Es fürchtet die aufläuternde Wirkung. Es ist erschüttert, im Innern getroffen.

In diesem Augenblick hat die Führung der kommunistischen Partei beschloßen, den bankrotten Wirtschaftsführern und ihren faschistischen Garben Zugang zu leisten, um ihnen das Rückrad zu stärken im Kampf „gegen den Marxismus“. Die kommunistischen Arbeiter sollen als Hilfstruppe hinter den Garben der Hitler und Jugenberg aufmarschieren. Es genügt, diese Tatsache auszusprechen. Worte der Empörung und des Jornes könnten ihre Wirkung nur abschwächen. Heute wird wahr, was das Organ des deutschen Scharfmachertums, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, im August 1930 über die Kommunisten schrieb:

„Notwendig ist daher vor allem, zu verhindern, daß die Sozialdemokratie womöglich noch gefährdet zurücksetzt. Vielleicht die ausschlaggebende Rolle kommt dabei den Kommunisten zu, die dazu berufen sind, das Anwachsen der Sozialdemokratie zu verhindern und als Pfahl im Fleische dieser großen Partei zu wirken.“

Die bankrotten Wirtschaftsführer fürchten die Sozialdemokratie, sie hoffen auf die Kommunisten! Die Führung der kommunistischen Partei hat in der Stunde der Gefahr für das deutsche Scharfmachertum die Hoffnungen nicht enttäuscht.

In demselben Augenblick, wo es gilt, die noch im Lager der Nationalsozialisten und anderer rechtsradikaler Parteien stehenden Arbeiter für den Sozialismus zu gewinnen, sie aufzuklären über den Mißbrauch, den die bankrotten Wirtschaftsführer mit ihnen treiben, in diesem Augenblick will die Führung der kommunistischen Partei die kommunistischen Arbeiter hineintreiben in den Sumpf der kapitalistischen Ideologie, in die Front der Schreier „gegen den Marxismus“. Die kommunistischen Arbeiter sollen abermals gegen die sozialdemokratischen Arbeiter geführt werden. Diesmal aber als Hilfstruppe und Gefolgsleute der kapitalistischen Bürgerkriegsorganisationen! Und die das wollen, wollen „Arbeiterführer“, wollen Marxisten sein! Heißt das, die Arbeiterklasse als Partei konstituieren, wenn man Teile der Arbeiterklasse in entscheidender Stunde den bankrotten kapitalistischen Führern zur Verfügung stellt?

## Die erledigte Zollunion

SPD Haag, 22. Juli.

Vor dem Haager internationalen Gerichtshof, der sich zur Zeit mit der Rechtszuständigkeit der Zollunion befaßt, erklärte der österreichische Vertreter Professor Dr. Kaufmann am Mittwoch, daß die französische Auffassung, wonach der Vertrag von St. Germain die Unabhängigkeit Oesterreichs auf der Grundlage von 1919 garantierte, nicht gerechtfertigt sei. Oesterreich würde dadurch jeder Bewegungsfreiheit beraubt und in die Position eines Staates zweiten Ranges gebracht werden. Praktisch ließe dies auf die Vernichtung des Begriffes der Unabhängigkeit hinaus. Im übrigen habe Oesterreich keine anderen Verpflichtungen übernommen als die, welche in Artikel 88 des Vertrages von St. Germain niedergelegt seien.

Die französische Regierung hat dem Gerichtshof eine Denkschrift von 62 Seiten übermittelt, in der ebenfalls nachzuweisen versucht wird, daß die Zollunion im Widerspruch zu Artikel 88 des Vertrages von St. Germain stehe.

## Französische Denkschrift über die Abrüstung

SPD Paris, 22. Juli.

Das vor einiger Zeit angekündigte französische Memorandum über die Abrüstungsfrage ist im Dienstagabend vom Außenministerium veröffentlicht worden. Das Schriftstück umfaßt 21 Schreibmachenseiten und zerfällt in drei Teile. Der erste Teil behandelt die französische Politik und die Doktrin des Völkerbundes, der zweite Abschnitt die bereits von Frankreich durchgeführten Abrüstungsbeschränkungen und der dritte Teil die Bedingungen für den Erfolg der allgemeinen Abrüstungskonferenz.

Das Memorandum widerlegt u. a. die These, daß die Friedensverträge, die gewissen Staaten, so z. B. Deutschland, einen gewissen Rüstungsstand vorgeschrieben haben, an seiner Stelle verlangen, daß die Rüstungen der Siegermächte auf das gleiche Niveau herabgedrückt werden. Im Gegenteil sei klar gesagt, daß das Minimum der notwendigen Rüstungen gemäß der geographischen Lage und der besonderen Bedingungen jedes Staates festgesetzt werden solle. Die so definierte These Frankreichs stimme mit der Doktrin des Völkerbundes überein, wie es durch verschiedene Beschlüsse von Vollversammlungen bestätigt worden sei.

## Das Finanzfachverständigen-Komitee

WTB London, 23. Juli.

Der Ausschuh von Finanzfachverständigen, dessen Entsendung nach Berlin vorgeschlagen wurde, dürfte, wie der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ wissen will, aus folgenden drei hervorragenden Finanzfachverständigen bestehen: Robert Anderson, Direktor der Bank von England, Mr. Sprague, amerikanischer Ratgeber der Bank von England, und Dr. Wallenberg, schwedischer Hauptfachverständiger. Es sei zu erwarten, daß der Besuch dieser drei Herren in Berlin unmittelbar auf den Besuch MacDonalds und Hendersons folgen werde.

„Associated Press“ meldet aus Schanghai, daß gestern auf dem dortigen Nordbahnhof gegen den chinesischen Finanzminister Soong und den japanischen Gesandten Saito Bomben geworfen wurden. Beide blieben unverletzt, aber vier Passanten erlitten Verwundungen.



### Thälmann der „Retter“ Preußens Vor vier Wochen noch gegen das Volksbegehren

H. Es wird wahrlich ein großartiger Akt sein, wenn beim Volksentscheid über die Auflösung des Preußenlandtages die großen Demonstrationen der vereinigten Gegner des Kabinetts aufmarschieren werden. Die Nationalsozialisten werden das „Hort-Wessel-Lied“ singen, die Kriegervereine der Deutschnationalen werden mit „Heil Dir im Siegertranz!“ in den Kampf ziehen und gleich hinteran wird eine Schalmeyenmusik des „nicht zu verbieten“ Rot-Front-Kämpfer-Bundes dafür sorgen, daß das Marschtempo nicht zu schlapp ausfällt. Auf den großen Kundgebungen gegen das „System Otto Braun“ werden Hugenberg, Hitler und Thälmann als Redner angekündigt sein. Aus der gemeinsamen Kriegsklasse wird man die Miete des Berliner Sportpalastes bezahlen. Ueber die Mittelfront des Saales wird der Ausspruch des deutschnationalen Fraktionsführers im Preußenlandtag verzeichnet sein: „Stützen Sie Braun, dann retten Sie Preußen!“ Zur rechten Hand wird ein Transparent angebracht sein „Deutschland erwache!“ und hinter Hand wird man aufgefordert werden, „Vorwärts im Geiste Lenins!“ das preußische Kabinett zu stürzen.

Die KPD wird also Schulter an Schulter mit den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten, der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, dem Landbund, den westdeutschen Scharfmacherorganisationen der Industrie, dem Stahlhelm und dem Wehrwolf den Kampf um die Auflösung des preußischen Landtages, den Kampf um den Sturz der Regierung Otto Braun führen. Verdacht wird diese Einheitsfront, indem man zuerst „Bedingungen“ stellt. Das kann aber nicht die Aufgabe aus der Welt schaffen, daß die „revolutionären“ Kämpfer der KPD in Reich und Glied marschieren werden mit den Arbeitermördern der nationalsozialistischen Bewegung, mit den Großpensionären der deutschen Republik im Lager Hugenberg und des Januschauer, mit den Großagrariern aus der Gesellschaft des Grafen Ralltruch, mit den reaktionären Südbauern des Herrn Seidte, mit der Partei des Herrn Boegeler und des Herrn von Strauß, mit den Krämer und Innungsreaktionären um Herrn Drewitz.

Die KPD reißt sich damit ein in die Front der Sozialreaktionären und der Nationalisten, der ostpreussischen Junker und der Industriemagnaten, der rückschrittlichen Spielbürger und der Trutzmagnaten.

Wie sie das begründet? Sie wirft der Preußenregierung vor, daß sie genau so reaktionär und genau so arbeitserfeindlich sei wie das System Brüning. Sie vertarnt mit Scheinradikalen Phrasen ihr Einklinken in das Lager der schlimmsten Reaktion. Es ist aber noch nicht solange her, da vertat die KPD unter Zustimmung aller Instanzen der Komintern gerade den entgegengesetzten Standpunkt! In einer Rede auf der 11. Plenarsitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, die vor kaum einem Monat in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und der „Roten Fahne“ in großer Aufmachung veröffentlicht wurde, beschäftigte sich der Vorsitzende der KPD, Thälmann, mit der Stellung der deutschen Sozialdemokratie zu Koalitionsregierungen. Er gab zu, daß das Auscheiden der Sozialdemokratie die Verschärfung der Faschisierung bildete, dann ging er auf die besonderen Verhältnisse in Preußen ein und führte hierzu wörtlich (nach dem Bericht der „Sächsischen Arbeiterzeitung“) aus:

„Trifft es zu, daß in sozialdemokratischen Kreisen und darüber hinaus Auffassungen bestehen, wonach die Preußenregierung besser als die Brüningregierung sei? Wenn das stimmt, dann müssen wir besonders ernsthaft die Feststellung treffen, daß zu der Zeit des Stahlhelmsvolksbegehrens unsere Partei nicht ihre Pflicht getan hat. Hätte sie in der Vinte unseres Aufrufs zur Volksaktion gegen Preußenregierung, Brüningkabinett und Faschismus klar und offenkundig gekämpft, hätte sie dann nicht verhindern können, daß das Volksbegehren erfolgreich war? Aber wir waren in dieser Kampagne nicht aktiv genug.“

Diese Äußerungen Thälmanns auf der Plenartagung des Exekutivkomitees der Komintern enthalten folgende Feststellung: Thälmann gibt zu, daß man nicht nur innerhalb der Sozialdemokratie, sondern auch „darüber hinaus“ die Preußenregierung — vom Standpunkt des Proletariats — für besser halte als die Brüningregierung im Reich. Thälmann bestreitet das nicht und wirft darum seiner Partei vor, daß sie nicht genügend ihre „Pflicht“ erfüllt habe. Und worin hätte diese Pflicht nach Auffassung Thälmanns bestanden? In der Verhinderung des Volksbegehrens!

Bis vor vier Wochen vertat der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Deutschlands unter Zustimmung der Spitzeninstanzen der Kommunistischen Internationale den genau entgegengesetzten Standpunkt! wie den, den seine Parole heute propagiert. Während sie heute für den Volksentscheid des Stahlhelms eintreten, hat sie damals bedauert, daß ihre Anhänger „nicht aktiv genug“ waren, die Voraussetzung für das Stattfinden des Volksentscheides, das Volksbegehren nämlich, zu verhindern.

Wir sind darauf gespannt, wie die zentralen Instanzen der KPD diesen hundertprozentigen Umschwung begründen werden. Uns interessiert insbesondere, wie Herr Thälmann persönlich „leninistisch“ zu entscheidenden Versuchen wird, daß er damals falsche Ansichten vertreten hat. Denn die Theoretiker des KPD-Generallstabes vertreten ja seit jeher den überaus würdigen Standpunkt, daß das, was sie im Augenblick als das Einzigerichtige und Einzigmögliche bezeichnen, durchaus dem entspricht, was Lenin billigen würde, wenn er noch lebte und — nicht etwa von Stalin nach Sibirien geschickt worden wäre.

Ganz leicht wird ihnen aber trotzdem die Begründung dieses Meinungswechsels nicht werden. Denn die Wiedergabe des Thälmann-Referates wurde von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ und der „Roten Fahne“ eingeleitet mit der Feststellung, daß in ihm „der Führer der KPD die Arbeit unserer Partei einer scharfen bolschewistischen Selbstkritik unterzog und die wichtigsten Aufgaben klar herausarbeitete“. Wollen also die Kommunisten behaupten, daß das Ergebnis einer „bolschewistischen Selbstkritik“, die nicht viel länger als vier Wochen zurückliegt, und daß die programmatische Feststellung der „wichtigsten Aufgaben“ durch den Parteivorstand, die von den Komintern gebilligt wurde, heute nicht mehr zutreffend sind? Sind das „Perspektiven“ auf lange Sicht? Werden die Kommunisten jetzt den Mut haben, zu behaupten, daß die Regierung Otto Braun, der sie seit jeher alles Ungünstige und Arbeiterfeindliche vorgeworfen haben, auf einmal — binnen weniger Wochen — um so vieles schlechter geworden sei?

Wir dürfen nicht vergessen, daß die kommunistische Fraktion des Preußischen Landtages seit vielen Jahren eingesehen hat, um wieviel günstiger — auch von ihrem Standpunkt — die Weimarer

Koalition ist als eine Rechtsregierung. Im Frühling des Jahres 1925 bezeichnete die kommunistische Opposition es als die „Königin des parlamentarischen Bauernschens“, als die KPD-Zentrale sich bereit erklärte, das Preußenkabinett durch „Kompromisse und Unterstützungsangebote“ zu stützen. In einer Erklärung im Landtagsplenum behauptete die KPD-Fraktion damals ausdrücklich, daß die Parteien der Weimarer Koalition nicht die Durchführung der Mindestforderungen der KPD versprochen hätten, um es auf diese Weise der KPD zu gestatten, „durch Stimmenthaltung die Existenz des Kabinetts Braun zu ermöglichen, obwohl sie genau weiß, daß eine solche Regierung, möge sie versprechen was sie will... nur alle Machtmittel des bürgerlichen Staates gegen die wertvollen Massen richten wird“.

Damals wäre also die KPD offiziell bereit gewesen, die Weimarer Koalition zu stützen, ohne daß ihre Forderungen erfüllt worden wären. Seitdem kam es oft im Preußenlandtag vor, daß kommunistische Abgeordnete bei wichtigen Abstimmungen schliessen, um die Preußenregierung nicht in Schwierigkeiten zu bringen. Mit der Verstärkung der faschistischen Gefahr und der Faschisierung der KPD hat man auf diese bessere Einsicht Verzicht geleistet und geht daran, getreu der Parole des deutschnationalen Fraktionsführers im Preußenlandtag mitzukämpfen,

um Otto Braun zu stützen und Preußen zu „retten“, für Hitler und Hugenberg, für Goebbels und Didenburg-Januschau!

### Verordnung über die Golddeckung der Noten der Privatbanken

Tu Berlin, 22. Juli.

Amlich wird mitgeteilt: Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird verordnet:

§ 1. Wenn die Reichsbank von einer ihr vom Generalrat erteilten Ermächtigung, die Golddeckung (§ 28 Buchstabe a des Bankgesetzes) herabzusetzen, Gebrauch macht, so sind die Privatnotenbanken berechtigt, die Golddeckung für ihre Noten (§ 7 Abs. 1 Buchstabe a des Privatnotenbankgesetzes) in dem gleichen Verhältnis herabzusetzen, in dem die Reichsbank die Golddeckung nach ihrem zuletzt erschienenen Wochenanweis herabgesetzt hat.

Erführt sich die Golddeckung der Reichsbank gegenüber dem zuletzt erschienenen Reichsbankanweis, so sind die Privatnotenbanken verpflichtet, längstens innerhalb von drei Monaten seit dem Erscheinen dieses Anweises, die Golddeckung ihrer Noten dem neuen Deckungsverhältnis der Reichsbank anzupassen.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 22. Juli 1931 in Kraft.

## Kapital- und Steuerflucht-Verordnung

### Durchführungsbestimmungen

Auf Grund der Paragraphen 1 Abs. 1, 11 der Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Kapital- und Steuerflucht vom 18. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 878) wird hiermit verordnet:

§ 1.

(1) Natürliche Personen, die im Deutschen Reich ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben, ferner

- a) Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien, Kolonialgesellschaften, bergbau- und gewerbetreibende rechtsfähige Vereinigungen und nichtrechtsfähige Bergwerksvereine, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Genossenschaften, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, Hypothekendarlehenbanken, Schiffsbekleidungsbanken
- b) rechtsfähige und nichtrechtsfähige Vereine, Anstalten, Stiftungen, andere Zweckvermögen und sonstige nicht unter a) fallende Körperschaften des bürgerlichen Rechts
- c) offene Handelsgesellschaften, Kommanditgesellschaften und ähnliche Gesellschaften des Handelsrechtes, bei denen die Gesellschafter als Unternehmer (Mitunternehmer) anzusehen sind,
- d) Kreditanstalten des öffentlichen Rechts, unter der Voraussetzung, daß der Sitz oder der Ort der Leitung im Inland liegt,

haben die Verpflichtungen, nach § 1, 2 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht gegenüber der örtlich zuständigen Reichsbankanstalt oder einem Kreditinstitut, dem die Reichsbank gemäß § 1 der Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 16. Juli 1931 (Reichsgesetzblatt I S. 368) die Befugnis zum An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln verliehen hat, in bezug auf ihre ausländischen Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung, die ihnen am 22. Juli 1931 zustehen, bis zum 29. Juli 1931 zu erfüllen, sofern diese Zahlungsmittel und Forderungen am 22. Juli 1931 für einen Pflichtenbetrag insgesamt den Gegenwert von 20 000 Mark erreichen oder übersteigen.

(2) Für die im Abs. 1 genannten Personen, deren ausländische Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung den Gegenwert von 20 000 Mark nicht erreichen, besteht die Befugnis des Ablieferungszeitraumes durch weiteren Aufruf vorbehalten. Diese Personen werden von den Verpflichtungen nach § 1, 2 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht frei, wenn sie ihre ausländischen Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung an die Reichsbank veräußern, bevor der Aufruf erfolgt.

(3) Zu den ausländischen Zahlungsmitteln und Forderungen in ausländischer Währung im Sinne dieser Verordnung gehören auch solche ausländische Wertpapiere, die nach dem 12. Juli 1931

gegen ausländische Zahlungsmittel oder Forderungen in ausländischer Währung erworben worden sind.

(4) Die im Abs. 1 unter a und c aufgeführten Gesellschaften haben die Verpflichtungen, nach § 1, 2 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht auch dann zu erfüllen, wenn sie wirtschaftlich betrachtet, als Zweigniederlassung eines ausländischen Unternehmens anzusehen sind.

§ 2.

Die Reichsbank und die Kreditinstitute, denen die Reichsbank gemäß § 1 der Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln vom 16. Juli 1931 die Befugnis zum An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln verliehen hat, sollen über Annahme der Angebote (§ 1 Abs. 1 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht) unverzüglich, über die Verpflichtung zum Verkauf und zur Übertragung angezeigter Zahlungsmittel und Forderungen (§ 1 Abs. 2, 3 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht) innerhalb von zehn Tagen Entscheidung treffen.

§ 3.

Für die Anzeigen gemäß § 1 Abs. 2 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht sind Formulare zu verwenden, die von der Reichsbank und den im § 2 bezeichneten Kreditinstituten kostenfrei abgegeben werden.

§ 4.

Die im § 2 bezeichneten Kreditinstitute haben, soweit sie selbst Verpflichtungen nach § 1, 2 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht haben, diese Verpflichtungen gegenüber der zuständigen Reichsbankanstalt zu erfüllen.

§ 5.

Wertpapiere in ausländischer Währung, deren Aussteller seinen Wohnsitz oder den Ort der Leitung im Inlande hat, gelten nicht als ausländische Wertpapiere im Sinne des § 1 Abs. 5 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht.

§ 6.

(1) Als Forderungen in ausländischer Währung im Sinne des § 3 Abs. 2 Satz 1 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht gelten nicht Forderungen in ausländischer Währung gegen Personen, die im Inland ihren Wohnsitz, ihren Sitz oder den Ort der Leitung haben.

(2) Zu den Forderungen, die mit einer längeren Frist als drei Monate kündbar sind und deshalb nach § 3 Abs. 2 Satz 2 der Verordnung gegen die Kapital- und Steuerflucht dieser Verordnung nicht unterliegen, gehören solche Forderungen nicht, deren Fälligkeit zwischen dem 18. Juli und dem 18. Oktober 1931 liegt.

§ 7.

Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

### Auszahlung der Sozialrentner- Unterstützung erst am 10. August

SPD, Berlin, 23. Juli.

Die Sozialrentner-Unterstützung gelangt bis auf weiteres nicht mehr zusammen mit der staatlichen Sozialrente, sondern erst am 10. des kommenden Monats an den Posthalter zu Auszahlung. Die Sozialrentner, denen bisher die Bezüge nicht an Posthalter zugeteilt wurden, erhalten ihre Unterstützung in der bisherigen Form, jedoch erst am 10. August. Anderen Hilfsbedürftigen werden die laufenden Unterstützungen zur Hälfte an dem bisherigen Zahlungstage, zur anderen Hälfte am 13. August ausgezahlt.

### Hinauschiebung der Wechselproteste

Die Industrie- und Handelskammer Leipzig hat an die Reichsbank und das Reichswirtschaftsministerium folgende Depesche gerichtet:

„Forderung der Guthabensperre bei Banken durch Genehmigung von Barauszahlungen und Ueberweisung von 3000 Mark täglich genügen nicht zur Vermeidung von Wechselprotesten. Teils sind die Beträge zu gering, teils ist es den Firmen infolge zur Zeit noch bestehender Unwertbarkeit von Wechseln und Schecks unmöglich, sich entsprechende Guthaben zu verschaffen. Falls unmöglich, Zahlungsverkehr im weiteren Umfang in Kraft zu setzen, erscheint Hinausschiebung der Protesterhebung unvermeidbar und wird zur Verhütung ernstlicher Schwierigkeiten der Wirtschaft und insbesondere auch den ausländischen Gläubigern gegenüber dringend erbeten.“

### Anmeldungsspflicht für Devisen

SPD Berlin, 22. Juli.

Die Reichsregierung hat zu der Notverordnung gegen die Kapitalflucht neuerdings Ausführungsbestimmungen erlassen, nach der alle Personen mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt im Inland, denen Devisen im Gesamtbetrag von 20 000 RM und mehr zustehen, ihre ausländischen Zahlungsmittel und Forderungen in ausländischer Währung bis spätestens zum 29. Juli der Reichsbank oder einem von ihr bestellten Kreditinstitut anzubieten haben. Die Verpflichtung erstreckt sich auch auf alle nicht physischen Personen, d. h. Aktiengesellschaften usw. Für Personen mit einem Devisenbesitz unter 20 000 RM ist die Abberufung einem besonderen Aufruf vorbehalten.

### Folgen der Ausreisesteuer

#### Einstellung der Strecke München—Ruffeln

Ab heute werden die D-Züge 128 und 129 der Strecke München—Ruffeln—Merau bis auf weiteres eingestellt. Die Reichsbahndirektion ist der Auffassung, daß infolge des starken Rückgangs des Reiseverkehrs durch die Ausreisesteuer eine Aufrechterhaltung der beiden Züge nicht mehr erforderlich und vor allem nicht mehr lohnend ist.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Kurt Gönther in Leipzig.  
Verantwortlich für den Anzeigenenteil: Kurt Gönther in Leipzig.  
Druck und Verlag: Leipziger Buchverlag Verlagsanstalt, Leipzig.

Diese Nummer umfaßt 12 Seiten.

**KLEINER INDIANER**  
Rein übersee-Zigarette  
und doch nur 10¢  
Zigarillos: KLEINE INDIANER Stück 68

Das Rezept:  
32% Havanna  
15% Brasil  
30% Java  
23% Sumatra  
Supra-Gambon  
Sumatra-Orbitol





**Gewerkschaftliche Anzeigen**

**Ortsausschuß des A. D. G. B. Leipzig**  
Volkshaus, Seiber Straße 32, Fernruf 340 21

**Deutscher Textilarbeiter-Verband, Zahlstelle Leipzig**

Geschäftsstelle: Leipzig O1, Seiber Str. 32, II. Zimmer 55-58.  
Freitag, den 21. Juli 1931, 10.30 Uhr, im Volkshaus,  
Café Mitte und Links

**Mitglieder-Verammlung**

Tagesordnung:  
1. Quartalsbericht, Kollege Philipp, Aussprache. 2. Vortrag  
des Genossen Wüb: „Der Plan des Amerikaners Hoover  
und der fünf-jährige Plan der Sowjet-Union.“ Aussprache.  
3. Geldmittliches.  
Mitgliedsausweis ist zur Kontrolle mitzubringen,  
ohne diesen keinen Zutritt. Es ist Pflicht eines jeden  
Kollegen, diese Verammlung zu besuchen. Wir erwarten  
pünktliches Erscheinen. Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauergewerksbund, Bauergewerkschaft Leipzig**

Bürozeit: Vorm. von 9-13 Uhr, nachm. von 16-18 Uhr.  
Vor Sonn- und Feiertagen von 9-2 Uhr.

**Gruppenverfassungen:**

Sonntagsabend, den 25. Juli 1931, 10 Uhr, im  
Volkshaus, Zimmer 2 und 3.  
Glaser Sonntagsabend, den 25. Juli 1931, 10 Uhr, im Volks-  
haus, Zimmer 8.  
Alphalteure Sonntagsabend, den 25. Juli 1931, 10 Uhr, im  
Volkshaus, Zimmer 4 und 5.  
Tagesordnung wird in den Verfassungen bekanntgegeben.  
Zahlreichen Besuch erwarten Die Leitungen.

**Ämterliche Bekanntmachungen**

Aus dem Grundbuch, Einfamilienhaus  
Karl Seibel in Döblich, Riquettstraße,  
Flurstück 50, sollen die biologisch geklärten  
Spülabwässer durch Vermittlung der  
Gemeindekasse auf Flurstück 525 in  
die Biese eingeleitet werden.  
Dieses Vorhaben wird mit der Auf-  
forderung zur öffentlichen Kenntnis ge-  
bracht, etwaige Einwendungen gegen  
die beehrte besondere Wasserbenutzung  
binnen 2 Wochen bei der Amtshaupt-  
mannschaft anzubringen. Beteiligte, die  
sich in dieser Frist nicht melden, verlieren  
das Recht zum Widerspruch gegen die  
von der Gemeinde zu treffende Regelung  
Leipzig, am 21. Juli 1931.  
Die Amtshauptmannschaft.

**SparKasse Liebertswitzg.**  
Günstige Verzinsung aller Sparkatantlagen  
Girokonto Leipzig Konto Nr. 88  
Postfachkonto Leipzig 11 400.

Meine Praxis habe ich nach  
**Karl-Heine-Straße 36**  
verlegt

Sprechzeit wie bisher

**Zahnarzt  
Dr. Krause**

Jetzt kommt die  
**wunderschöne Schüssel**  
zu den ausgegebenen Tellern:



dieser schönen Schüsseln  
**gratis!**

in der Zeit vom 23. Juli bis 29. August 1931

**Donnerstag • Freitag • Sonnabend**

erhalten Sie bei Einkauf von 1 Pfund

- Nossings Haushalt-Margarine** ... nur **65** ¢
- oder „ **Spezial-Margarine** ... nur **85** ¢
- oder „ **Allerfeinste Margarine** nur **95** ¢
- oder „ **Ruhm-Margarine** ... nur **105** ¢

**1 Riegel Schokolade gratis!**

Außerdem in der Zeit vom 23. Juli 1931  
bis zum 29. August 1931 auf jedes Pfund Margarine

**1 Gutschein**

Auf 6 solcher Gutscheine erhalten  
Sie die oben abgebildete Schüssel **gratis!!**

Trotzdem darauf noch unseren  
bekannten hohen Rabatt

**Butter-  
Nossing**

Filialen in allen Stadtteilen

Tel.-Sammel-Nr. 34241

Tel.-Sammel-Nr. 34241



**Lebens-  
mittel**

Friedrichsdorfer  
**Zwieback**  
2 Pakete

**25** ¢

Salatöl  
ausgewogen  
Pfund

**35** ¢

Eierschnitt-  
Nudeln  
Pfund

**42** ¢

Weizen-  
Auszug-  
mehl  
2 Pfd. Beutel

**50** ¢

Tilsiter-  
käse  
1/2 fett Pfd.

**54** ¢

Braunsch.  
Mett-  
wurst  
Pfund

**85** ¢

**ALTHOFF**

**FRISCHFLEISCH  
ERSTER KLASSE**

**RIND-FLEISCH**

- Brust . . . . . Pfund **80** ¢
- Beinflisch . . . . . Pfund **90** ¢
- Rollbraten . . . . . Pfund **1.24**
- Schmorbraten . . . . . Pfund **1.30**

**KALB-FLEISCH**

- Kamm . . . . . Pfund **1.00**
- Blatt . . . . . Pfund **1.00**
- Keule und Niere . . . . . Pfund **1.20**
- Wickelbraten . . . . . Pfund **1.25**

**SCHWEINE-FLEISCH**

- Dickbein . . . . . Pfund **60** ¢
- Bauch mit Beilage . . . . . Pfund **68** ¢
- Keule . . . . . Pfund **88**, **78** ¢
- Kamm . . . . . Pfund **1.20**

- Schweinsknochen Pfd. **32** ¢
- Schweinskopf . . . . . Pfund **38** ¢
- Gehacktes, gem. . . . . Pfund **60** ¢
- Elsheln . . . . . Pfund **65** ¢
- Kalbshaxen . . . . . Pfund **80** ¢
- Pfefferfleisch . . . . . Pfund **90** ¢
- Gehacktes Rind . . . . . Pfund **90** ¢
- Gulasch . . . . . Pfund **90** ¢

- Blutwurst . . . . . Pfund **60** ¢
- Feinkost in Weinsüßz Pfd. **68** ¢
- Fetter Speck . . . . . Pfund **75** ¢
- Leberwurst . . . . . Pfund **78** ¢
- Knackwurst . . . . . Pfund **95** ¢
- Schwarzfleisch . . . . . Pfund **1.10**
- Plockwurst . . . . . Pfund **1.38**
- Brschw. Schlackwurst Pfd. **1.55**
- Margarine Pfund 52 43 **35** ¢
- Molkereibutter 1/2 Pfd. **72** ¢
- Vollmilch, große Dose **45** ¢
- Romadur . . . . . Stück **25** ¢
- Emmenthaler 1/2 Karton **75** ¢
- Gehelmratskäse Stück **95** ¢
- Schweizerkäse . . . . . Pfund **1.13**
- Gebr. Korn . . . . . Pfund **22** ¢
- Gebr. Gerste . . . . . Pfund **24** ¢
- Malzkaffee . . . . . Pfund **32** ¢
- Kaffee, gebr. 1/2 Pfd. **1.10** **95** ¢
- Perlkaffee, gebr. 1/2 Pfd. **1.30**
- Tee, lose 1/4 Pfund **1.40** **95** ¢
- Kakao, gar. rein Pfund **54** ¢
- Schokolad.-Pulver Pfd. **95** ¢
- Ananas . . . . . Dose **75** ¢

- 1930er Laubenheimer **85** ¢
- 1930er Edesheimer . . **95** ¢
- 1930er Guntersblumer **1.00**
- 1930er Diedesfelder . **1.10**
- 1928er Wintringer . . **1.20**
- 1928er Winchoringer **1.30**
- Obstschauweln m. St. **1.00**
- Schaumweln, Schloß-  
blume . . . . . mit Steuer **3.45**
- Krem-Schokolade Tfl. **10** ¢
- Vollmilch . . . . . Block **25** ¢
- Lebenswecker 1/2 Pfund **33** ¢
- Kakaokaramell. 1/2 Pfd. **35** ¢
- Erfriech-Toffee 1/2 Pfund **38** ¢
- Eisbonbon . . . . . 1/2 Pfund **38** ¢
- Mandeln, gebr. 1/2 Pfund **50** ¢
- Schokolade, Sort. 4 Tfln. **50** ¢
- Bruchschokolade Pfund **75** ¢

- Suppenhühner Pfd. **1.10** **95** ¢
- Ragout . . . . . Pfund **60** ¢
- Rehblatt . . . . . Pfund **1.10**
- Rehrücken . . . . . Pfund **1.40**
- Rehkeule . . . . . Pfund **1.50**

Für Wochenende tischfertige  
Speisen . 600-gr-Dose **80** ¢

**Für Dich  
bringen  
wir**

**AUS  
HEERES-  
BESTÄNDEN** u. a.

Neue Mil.-Art.-Arbeitschuh, Vollriechl. 6.85  
Neue Mil.-Art.-Schaltstiefel, Vollriechl. 12.75  
Neue Militär-Körperunterhosen . . . . . 1.95  
Neue Militär-Körperhosen, besonders für  
Malier, Maurer, Bäcker . . . . . 2.30  
Neue Holzpanstiefel, alle Größen . . . . . 1.15  
Neue Wander- und Schlafdecken, be-  
sonders groß, gute Qualität . . . . . 1.95  
Neue Panama-Hemden, weiß, Männer-Gr. 2.90  
Militär-Hemden u. -Hosen . . . . . je 1.00

Unsere Abteilung:  
**Wander- u. Sportausrüstung**  
aller Art. neu u. gut erhalten, wie MIL-Tornister,  
Zeltbahn, Brotbeutel, Feldflasche, Kochgesch.,  
Wanderhemden, Wanderhosen u. a. m. bit. wir  
ohne Kaufzwang - zu besichtigen

**Sigmund Schwarz**  
G. m. b. H., Verkaufsstelle Leipzig,  
Eisenbahnstr. 17, Ecke Bussstr.

**Die Frauenwelt**  
ist eine unentbehr-  
liche Helferin und  
Beraterin jeder Ar-  
beiterfrau, b. Frauen  
des Ungehellen- u.  
mittleren Beamten-  
standes. Alle Frauen  
u. jungen Mädchen,  
die sich mit Frauen-  
welt bekannt ge-  
macht, die ihren  
hohen praktischen u.  
ideellen Wert für sich  
erkannt hab., wollen  
sie nicht mehr in  
ihrem Hause mühen  
und zählen zu dem  
großen ireuen Leber-  
kreise, der von Welt  
zu Welt um viele  
Dunderte wächst.

**Die Frauenwelt**  
erscheint 14 tiglich.  
Jedes Heft ein-  
schließlich der pla-  
schlichen Modenschau  
selbst ist die Frau.  
Preis pro Heft mit  
Schmittmutterbogen  
**45 Pfennige**,  
ohne Schmittmutter-  
bogen **35 Pf.**  
Alle Austräger und  
Filialen der Volks-  
zeitung nehmen Be-  
stellungen entgegen.

**Leipziger Buch-  
druckerei A. G.**  
Laudauer Str. 19/21  
Wdt. Buchhandlung

**Nestler, Eisenbahnstraße 99**  
an der Elisabethstraße

**Linoleum — Spottbillig**  
**Teppiche, Läufer**  
**Wachstuche — Spottbillig**

**Selbsthilfe  
Leipzig**

Die Schlager der Woche

- Olivonöl feinstes, extra vierge . . . . . 1/2 Pfund **35** ¢
- Erdnußöl feinstes, Vorlauf extra . . . . . 1 Pfund **34** ¢
- Speiseöl reineschmeckend . . . . . 1 Pfund **35** ¢
- Schweizer Käse ohne Rinde . . . . . 1/2 Pfund **40** ¢
- Edamer Käse vollfett, 40% . . . . . 1/2 Pfund **28** ¢
- Tilsiter Käse ohne Rinde, 40% . . . . . 1/2 Pfund **35** ¢
- Fetheringe in Tomaten sehr fein . . . . . Dose **65** ¢
- Ostsee-Rouladen mit Burgunder sehr pikant . . . . . Dose **85** ¢
- Bratheringe mit Champignons . . . . . Dose **80** ¢
- Anbricken in Tomaten . . . . . Dose **90** ¢
- Schweineschmalz . . . . . 1 Pfund **55** ¢

Zur Herstellung von 4 Pfd. Marmelade  
**1 Paket Frutapekt trocken** . . . . . Paket **50** ¢  
dazu ein Kochbuch gratis

und alle übrigen Lebensmittel und Haushalt-  
Artikel billigst mit

**6% Rückvergütung**  
in den bekannten Verkaufsstellen  
oder wo nicht vorrätig durch **Zentrallager**,  
Leipzig N 22, Wilhelmstraße 54.  
Fernsprecher 525 67.

**Leser der Volkszeitung  
berücksichtigt unsere Interenten!**

Als neues  
GGG-Erzeugnis empfehlen wir

**GGG-Konsumkorn**  
mit reinem Bohnenkaffee

Diese schmackhafte, allen Ansprüchen genügende  
Mischung ist ausgezeichnet

Wir bieten an:  
Konsumkorn mit 10% reinem Bohnenkaffee 1/2-Pfd.-Paket 0.50  
Konsumkorn mit 20% reinem Bohnenkaffee 1/2-Pfd.-Paket 0.80

**Konsumverein**  
Leipzig-Magwitz und Umg., e. G. m. b. H.  
Abgabe nur an Mitglieder  
Bitte grüne Ausweisfarbe  
mitbringen!





Inserat mit Halenkreuz

Zufällig bekomme ich das Blatt des vielfachen Millionärs Herfurth in die Hände. Die Inseratenplantage der Gazette des Schwerverdieners am Peterssteinweg zierle nachstehendes Inserat:

Jung. Haustochter

Anderlieb, für besseren Haushalt per 1. August gesucht. Offerten E. M. 76, Bornaische Straße 21.

Die Anzeige paßt in die VNM! Die Schreiber dieser Zeitung schwingen sich immer mehr zum Anwalt der Interessen der Brautheben auf. Allerdings bleibt die Frage, ob der Halenkreuzige mit der jungen Haustochter Erfolg hat, zunächst unbeantwortet. Nach dem Eigenlob zu urteilen, was sich Herfurth mit seinen Plantagen selbst spendet, sollte man annehmen, weil über 1000 Angebote habe der Halenkreuzer erhalten.

Doch trotz Inanspruchnahme der Inseratenplantage der Halenkreuzerumwunden Neuesten muß die Zahl der Angebote, die der Halenkreuzige erhielt, nicht allzu groß gewesen sein. Zu diesem Schluß läßt ein zweites Inserat des Ariers aus Connewitz im Herfurth'schen Halenkreuzblatt kommen. E. M. hatte den Wortlaut geändert. Diesmal suchte er, weil mit den Haustöchtern kein Glück, ein tüchtiges Hausmädchen. Die neuere Anzeige hatte folgende Fassung:

Tücht. Hausmädchen

für besseren Haushalt mit wohlgezogenem Kind zum 1. 8. gef. Off. E. M. 76, Bornaische Str. 21.

Nun hat der Halenkreuzer hoffentlich die arische Kinderliebe Jungfrau gefunden; damit diese das unter dem Halenkreuz erzogene Kind ferner betreuen kann. Aber noch eins: Es wirkt schon mehr wie lächerlich in den Spalten der Hin- und Herfurthpresse, Halenkreuzgezielte Familienanzeigen zu bilden. Die Höhe ist es aber, wenn man gar bei Stellenangeboten die Halenkreuzverzierung wählt. Und das tun ausgerechnet jene Kreise, die andern gegenüber von Parteibuchwirtschaft reden. Da steht man eben wieder einmal, wie verschoben reden und handeln gerade bei den Nazis und ihren Sympathisierenden zu beurteilen ist.

Zweierlei Maß

Die vorstehende Ueberschrift trägt eine Drahtnachricht der Berliner Schriftleitung der VNM. Im Inhalt befragt die Meldung der Berliner Redaktion des Leipziger Halenkreuzorgans, daß sich das Finanzministerium von den Sozialdemokraten habe breitschlagen lassen, indem es die Olympiadeteilnehmer von der Entziehung der 100 Mark Pausgebühren entbunden hat. Nach Meinung der Nachrichten-Schreiberlinge hat also das Finanzministerium insofern einen Fehler begangen, weil es die Teilnehmer an der Arbeiter-Olympiade „gebührenfrei“ machte. Die Turner und Sportler, die sich Großchen um Großchen vom Munde absparten, um nach Wien fahren zu können, hätten nach Ansicht der VNM ebenfalls die 100 Mark buttern sollen, wie jene Schwerverdiener, für die selbst ein Pausgebühr von 1000 Mark ein Pappenstiel ist.

Jahrelang haben die Kapitalisten Deutschlands Milliarden ins Ausland gehoben, um so ihr Vermögen dem Zugriff der Steuerbehörden zu entziehen. Die bürgerliche Presse hat dem untätig zugehört. Keine Silbe haben die Nachrichten gegen diese wahren Vaterlandsverräter riskiert. Wie haben sie vom Ministerium gefordert, es solle ebenso erdarmungslos, wie gegen Lohnsteuerzahler, den Kapitalisten an den Krügen gehen. Kein Wort hätten auch Herfurth's Streibische gefunden, wenn es Anhänger des bürgerlichen Sports waren, die „gebührenfrei“ die Grenze passierten. Für diese ist nach der Auffassung der VNM Selbstverständlichkeit, daß sie alle Ausnahmemöglichkeiten in Anspruch nehmen und voll ausschöpfen. Nur bei Arbeiterportieren, da reden und schreiben Herfurth's Söldlinge von „Zweierlei Maß“.

Wassertemperatur in den städtischen Bädern. Am 23. Juli, früh, 17 Grad.

Kindesfreunde in der Rauschenbachmühle. Die Gemeinschaft Kinderfreunde Thonberg schreibt aus der Rauschenbachmühle: Alle Kinder in der Rauschenbachmühle sind wohl und munter, warten nur auf schönes Wetter.

Entwicklung der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge

Die Finanzlage der Gemeinden erfordert es, der Entwicklung der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge nach wie vor größte Aufmerksamkeit zu widmen, heute um so mehr, als durch die 3. Notverordnung die finanzielle Lage der Kommunen, die zu den Hauptträgern der Arbeitslosenfürsorge gehören, nicht gesichert ist. Die Befürchtung, daß das Schwergewicht der Lasten der Erwerbslosenfürsorge sich immer mehr und mehr nach den Gemeinden hin verschiebt, ist noch nicht gewichen. Das Heer der Wohlfahrts-Erwerbslosen ist bisher in einer ununterbrochenen Entwicklung angestiegen. Nach den Ergebnissen der amtlichen Erhebung der Bezirksfürsorgeverbände wurden in Deutschland am

Table with 3 columns: Year, Number of unemployed, and Amount. Data points for 1928, 1929, 1930, 1931, and 1932.

Wohlfahrts-Erwerbslose, einschließlich Fürsorgearbeiter gezählt. Es ergibt sich die merkwürdige Erscheinung, daß beim Höchststand der Erwerbslosigkeit im Februar 1931 mit rund 5 Millionen Arbeitslosen weniger Wohlfahrts-Erwerbslose vorhanden waren als im März 1931 und den folgenden Monaten, wo bereits die Gesamt-Erwerbslosenziffer im Sinken begriffen war.

Im Jahr 1931 wird mit einer nicht unbedeutend höheren Durchschnittszahl an unterstützten Wohlfahrts-Erwerbslosen zu rechnen sein als 1930. Bei vorläufiger Schätzung sind angesichts der Tatsache, daß zum 30. April 1931 schon mit 1,1 Millionen Wohlfahrts-Erwerbslosen zu rechnen ist und neue Aussteuerungen aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge zu erwarten sind, mindestens 1,25 Millionen Wohlfahrts-Erwerbslose als Jahresdurchschnitt für 1931 anzusetzen.

In diesen Zahlen sind die Lasten zu ermessen, die die deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände zu tragen haben. Legt man einen durchschnittlichen Unterstützungsbetrag von jährlich etwa je 700 Mark je Wohlfahrts-Erwerbslosen zugrunde (in der Krisenfürsorge rechnet man für 1931 mit einem Durchschnittssatz je Hauptunterstützungsempfänger von 780 Mark), so werden die Gemeinden

für die Unterstützung der Wohlfahrts-Erwerbslosen einen Gesamtaufwand von rund 875 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1931 aufzubringen haben gegen 500 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1929, 230 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1928 und 135 Millionen Mark im Rechnungsjahr 1927, wobei in diesen Zahlen nicht berücksichtigt ist der Anteil der Gemeinden an den Kosten der Krisenfürsorge; denn nach der 3. Notverordnung haben die Gemeinden nicht nur weiter 1/3 des Anteils an den Kosten der Krisenfürsorge zu tragen, sondern sogar der Reichsanstalt Vorküsse darauf zu überweisen. Hätten die Gemeinden die für die Vorkaufzahlung geforderte Frist nicht ein, so haben sie den Betrag mit 2 v. H. über den Reichsbankdiskontsatz zu verzinsen.

Während nun, wie schon erwähnt, die Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen in ununterbrochener Folge ansteigt, verringert sich die Zahl der Empfänger der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge infolge gewisser saisonmäßiger Entlastungen. Das bedeutet, daß die kommunale Fürsorge immer mehr zum Sammelbecken langzeitiger krisenbedingter Arbeitslosigkeit wird. Die Wiederabstufung der Wohlfahrts-Erwerbslosen aus der kommunalen Fürsorge muß naturgemäß bei weitem der Aussteuerung der Erwerbslosen aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge nachhinken; denn selbst wenn die Wohlfahrts-Erwerbslosen Arbeit finden, so ist diese vorübergehender Natur. Es kommt selten vor, daß die Wohlfahrts-Erwerbslosen wieder auf Dauer in den Produktionsprozess zurückkehren oder die Anwartschaft auf die Arbeitslosenversicherung erlangen. Bei dem permanenten Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gelangt ein Arbeitsverhältnis nur dann und wann über die Dauer von einigen Wochen hinaus. Deshalb wird mit einem Abflinken der Zahl der Wohlfahrts-Erwerbslosen bis auf weiteres nicht zu rechnen sein, ein Umstand, der die von den Gemeinden wiederholt geäußerten Sorgen in dunklerem Licht erscheinen lassen. Trotz Notverordnung wird daher der Tag kommen, wo den Gemeinden die Lasten dieses Massennotstandes nicht mehr ausgedrückt werden können. Sie müssen ihrem Wesen nach von breiteren Schultern getragen werden. Wenn die Ordnung der aus den Fugen gegangenen Wirtschaft wieder hergestellt sein wird, wird dem Problem der Wohlfahrts-Erwerbslosenfürsorge unter Aufbietung aller Kräfte beigekommen werden müssen.

Staatsanwaltschaft Plauen arbeitet im „Eiltempo“

Zu dem am 16. Juli 1931 veröffentlichten Artikel „Oeffentliche Anklage gegen die Staatsanwaltschaft“, teilt uns der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Leipzig mit, daß die in der Zeit vom 28. April bis 18. Juli 1931 eingegangenen Anzeigen wegen des Betrugs von Biolanin sämtlich nach ihrem Eingang an die Staatsanwaltschaft Plauen zur Entschlebung abgegeben wurden. Durch diese Mitteilung erfährt die Oeffentlichkeit, daß die Leipziger Staatsanwaltschaft pflichtmäßig und korrekt handelte. Im „Eiltempo“ arbeitet man also in Plauen. Unsere bereits einmal veröffentlichten Fragen wiederholen wir deshalb:

- 1. Was ist aus den nun länger als zwei Monaten bei der Staatsanwaltschaft lagernden Anzeigen geworden?
2. Wann wird der Pharmazeutischen Zentrale in Plauen endlich der Prozeß gemacht?
3. Wie lange will die Staatsanwaltschaft noch müßig zusehen, daß deutschen Staatsbürgern ein Präparat, das nach amtlicher Feststellung zu 99,9 Prozent aus Milchzucker besteht, als Blutreinigungsmittel und Kräftigungsmittel zum horrenden Preise von 7,50 Mark pro Dose offeriert werden kann?
Um baldigste Antwort wird gebeten!

Die Fragen sind nunmehr an die Adresse der Staatsanwaltschaft Plauen gerichtet, der wir vorzugsweise, ebenso wie dem Justizministerium, ein Belegexemplar zustellen. Vielleicht ist es auf diesem Wege möglich, den sehr langsam arbeitenden Justizapparat auf schnelleren Gang zu bringen.

Grünflächen im Leipziger Osten

Vom Rat der Stadt Leipzig wird mitgeteilt: Der in der Presse wiederholt beklagte Mangel an Grünlandflächen in den östlichen Stadtteilen hat bereits im Jahre 1925 zu eingehenden Untersuchungen über die noch vorhandenen Verbesserungsmöglichkeiten Anlaß gegeben. Diese Prüfung führte zur Umarbeitung einiger Bebauungspläne mit dem Ziel, die in den Plangebieten noch vorhandenen Grünflächen nach Möglichkeit zu erhalten und in wirksamer Form zusammenzufassen. Auch die Gartenverwaltung hat alle Möglichkeiten von Baumbepflanzungen erwogen.

Auch der zweite Kircheneinbrecher festgenommen

Wie bereits am vergangenen Sonntag und Montag in den hiesigen Tageszeitungen mitgeteilt, gelang es der Polizei durch das unerfahrene Handeln 4 junger Männer, den aus dem Zentralgefängnis Bochum entwichenen 42 Jahre alten Arbeiter Arno Kurt Fischer aus Rainsdorf bei einem Einbruch in der Matzkäufische festzunehmen. Ein Komplize konnte seinerzeit flüchten. Auf Grund der in den Tageszeitungen abgegebenen Personalbeschreibung erhielt die Kriminalpolizei aus dem Publikum Hinweise und es gelang ihr, am 22. Juli den zweiten Einbrecher, den 23 Jahre alten Jopfer C. aus Hinderburg zu verhaften. Die kriminalpolizeilichen Erörterungen sind bis jetzt noch nicht abgeschlossen. Wahrscheinlich kommen beide noch für eine Anzahl hiesiger Einbrüche und auch in anderen Städten „Mitd“ in Frage. Fischer verweigert noch immer die Angabe seiner hiesigen Wohnung vom 24. Mai bis zu seiner Verhaftung am 18. Juli und dem Verbleib seines dunkelbraunen, 20x41x70 Zentimeter großen Reisekoffers. Wer Angaben über die bisherige Wohnung und über den Verbleib des Reisekoffers machen kann, wird gebeten, sich umgehend bei dem hiesigen Kriminalamt zu melden.

Zusammenstoß auf dem Wahrener Güterbahnhof

Nachts fuhr beim Abrollen von einem sogenannten „Geldrücken“ ein vollbeladener einzelner Güterwagen zwischen dem Güterbahnhof Wahren und Lüßhena in einer Weiche in die Richtung Halle ausfahrenden Güterzug in die Flanke. Die Gewalt des Zusammenstoßes war so groß, daß von dem Güterzug drei Wagen umgeworfen und ein vierter aus den Geleisen gehoben wurden, so daß die Nachbargleise für den Verkehr gesperrt waren. Mit den aus Wahren und vom Leipziger Hauptbahnhof angeforderten Gerätewagen nahm man sofort die Aufräumungsarbeiten auf, so daß drei Stunden nach dem Unfall die Geleise wieder frei waren. Personen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden. Der Personverkehr wurde nicht behindert.

Large advertisement for 'KAUFHAUS BRÜHL' featuring 'SAISON-AUSVERKAUF' and 'Nur noch 3 Tage' with a list of clothing items and prices.



### Wo ruft die Pflicht?

Frauen

**Modau.** Sonntag, 26. Juli, Ausflug nach Buchheim. Treffen 7 Uhr am Friedhof "neuer Platz". Abfahrt Hbf. 8.29 Uhr. Sonntagstarke Bad Nauha lösen.

**Wöhna.** Montag, 27. Juli, 20 Uhr, im Kinderheim. Referat des Genossen Kühn "Wie eine Zeitung entsteht".

**Schönefeld.** Sonntag, 26. Juli, gemeinsamer Ausflug mit den Kinderfreunden nach dem Kultur- und Sportheim Cröbern. Abfahrt 8 Uhr Stannebeynplatz. Fahrgebt: Erwachsene 50 Pf., Kinder einschließlich Mittagessen (Gemülsuppe) 30 Pf. Einzeichnungen hierfür bis Freitagabend beim Genossen Schnelle, Filiale der L. B. erhalten. Bei schlechtem Wetter im Turnsaal.

#### Gemeinschaft Kinderfreunde

**Groß-Weipitz.** Die Breslauer Kinderfreunde aus dem Hatzlager machen keine Station in Weipitz. Wir brauchen also keine Quartiere für sie zu beschaffen.

**Gohlis.** Morgen Freitag letzter Einzahlungstag im Heim, von 17.30 bis 20 Uhr. Die Greisfahrer treffen sich am Sonnabend 6 Uhr in der Dshalle. Abfahrt 6.38 Uhr vom Bahnhof 17.

**Vindenthal.** Die Fischelgebirgsfahrer treffen sich am Sonntag 7.30 Uhr bei Kubold.

#### Mitgliederveranstaltungen

**Engelsdorf.** Sonnabend, 25. Juli, 20 Uhr, im Guten Tropfen. Referat des Genossen Fretzel über "Die politische Lage".

**Wiederitzsch.** Freitag, 24. Juli, Abfahrt nach Vindenthal. Stellen 13 Uhr beim Genossen Bruchardt.

### Ein Einbrecher dingfest gemacht

Am 22. Juli, in der ersten Stunde, wurde der 31 Jahre alte Schuhmacher Person mit Leipzig-Nordnäh bei einem Einbruch in eine im Grundstück Augustenstraße 2 gelegene Bäckerei überfallen. Der Sohn des Bäckermeisters, der mit seinem Kastrad nach Hause gekommen war, sah von seinem Zimmer aus mehrere Male Licht von einer Taschenlampe in einem Raume neben der Backstube aufleuchten. Nichts Gutes ahnend, begab er sich auf den Hof des Grundstückes. Im selben Augenblick sprang aus dem dunklen Hintergrunde des Hofes ein unbekannter Mann hervor und versuchte, durch die Hoftür nach der Straße zu flüchten. Sie war jedoch verschlossen und der Bäckermeisterjohn sprang auf ihn zu, um ihn festzuhalten. Der Einbrecher aber schrie ihn laut an: "Lass mich los, oder ich schleife!", schlug auf ihn blindlings mit der Faust ein, trat nach ihm und bis ihn in die Finger.

Durch den entstandenen Lärm kamen ein Bäckergehilfe und der Bäckermeister zu Hilfe. Trotzdem wehrte sich B. weiter mit allen Kräften und drohte zu schreien. Durch die inzwischen herbeigerufene Polizei konnte der Einbrecher endgültig festgenommen und dem Kriminalamt zugeführt werden. Ein Nachforschungs aus der Verwahrungsjelle der Polizei wurde war ihm mißlungen. Ihm wurden eine Anzahl Einbrecherwerkzeuge abgenommen.

Nach Reingenaussagen soll noch ein zweiter Mann an dem Einbruch beteiligt gewesen sein. Er soll über das flache Dach der Bäckerei durch das Nachbargrundstück gestiegen sein. Er wird beschreiben: 1,70 Meter groß, 25 bis 26 Jahre alt, schwarzes Haar, beseidet mit dunkler Bastenmütze, hellgrauer Hose, dunklem Jackett und dunklen Schuhen. Die kriminalpolizeilichen Erörterungen sind noch nicht abgeschlossen. B. kommt wahrscheinlich für eine Anzahl in letzter Zeit nachts verübter Einbruchsbiefstähle in Bäckereien und anderen Ladengeschäften in Frage. Wer Angaben zur Ermittlung des zweiten Täters machen kann, wird gebeten, sich beim Kriminalamt zu melden.

### Aufhebung des Postamts Leipzig S 19

Das Postamt S 19 (Hohe Straße) wird mit Ablauf des 26. Juli aufgehoben. Seine Annahme- und Ausgabegeschäfte gehen vom 27. Juli ab auf das Postamt Leipzig S 16 (Kohlenstraße) über. Schalterstunden dieses Postamts: an Wochentagen 8 bis 18 Uhr, an Sonn- und Feiertagen 8 bis 9 Uhr. Außerdem können an Wochentagen beim Postamt S 16 ohne Zahlung der besonderen Einlieferungsgebühr von 30 Pf. ausgeliefert werden Einschreibebriefsendungen bis um 19 Uhr, Pakete jeder Art bis Mitternacht. Renten werden an den Hauptzahltagen im bisherigen Rentenzahlraum, Hohe Straße 13, Erdgeschoss, weiter ausgezahlt.

Wer Pflegekinder aufnehmen will, wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach den gesetzlichen Bestimmungen niemand ein Pflegekind annehmen darf, der nicht vorher hierzu die Erlaubnis des städtischen Jugendamtes erhalten hat. Die Nichtbeachtung dieser Bestimmung zieht unter hoher Strafe. Die Pflegestellenvermittlung im Jugendamt, Stadthaus, Dachgeschoss, Zimmer 894, nimmt jederzeit Angebote von Pflegekindern entgegen und vermittelt kostenlos Pflegestellen für Kinder.

Roman von Hans Gobsch:

## Wahn-Europa 1934

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Hamburg-Bergedorf

Der Duce steht schon am Apparat, den Hörer am Kopf. "Chef des Generalstabes, bitte!" ... Kurze Pause. ... "General Baldoni? — Meine Weisungen an das dritte Fliegerkorps sind auszuführen!"

Der Gefandte Südlawiens hört, langsam davonschreitend, Wort für Wort. Als die Tür hinter ihm zuklappt, ballt er die Hände zu Fäusten.

Dals neun Uhr vormittags — in Europa ist längst Mittag vorüber — tritt der französische Botschafter Brionne an das Bett seines Gastes. "Es sieht nicht rosig im Osten aus!", sagt er ernst und überglüht Brandt zwei Telegramme. Brandt sieht im Bett, streicht rasch die Haare aus der Stirn. Im Augenblick ist er munter und Herr seines Kopfes. Im nächsten Augenblick springt er mit einem Satz aus dem Bett.

"Das ist verrückter Traum! Capponi schickt Flugzeuge nach Albanien? In was für einer gottverlassenen Welt hausen wir eigentlich! Die Leute da draußen sind anscheinend im Begriff, sich selbst in die Luft zu sprengen!"

Brionne macht ein nachdenkliches Gesicht. "Ich habe Ihnen schon heute meine Beschränkungen nicht verschwiegen. ... Haben Sie die andere Depesche gelesen? Von unserem Chef ..."

Brandt überfliegt das zweite Blatt: "... daß in Anbetracht der angespannten Lage der Präsident der Republik für die Dauer Ihrer Abwesenheit von Frankreich meine Person mit der Leitung des Außenministeriums betraut hat. Baron Saint Brice."

Dunkler Verdacht umschleicht Brandt. Die Narbe aus seiner Stirn bekommt plötzlich tiefere Färbung. Will man in Paris Léon Brandt ausschalten? Konnte der Staatssekretär, dem Brandt alles übergab und dem er vertraut, nicht die Geschäfte fortführen? Nein, nicht ungerecht werden! Das Parlament hält sich an den verantwortlichen Minister, nicht an den Staatssekretär. Aber ausgerechnet Saint Brice ...

"Sprechen Sie offen, Brionne. Ist Frankreichs Außenpolitik bei dem alten Herrn gut aufgehoben?" fragt er mit starker Unruhe.

Brionne ärgert. "Ehrlich gesagt — Sie wären mir in Paris lieber. Der Baron wäre vor fünfzig Jahren, noch vor zwanzig Jahren ein ausgezeichnete Regisseur gewesen, aber heute —?"

"Ja, so ist es. Saint Brice lebt in und von der Vergangenheit. ... Brandt steht jetzt nebenan in der Badewanne und läßt aus der Brause Wasserbäder über seinen Körper herabrauschen.

### Wissenswertes über „Postlagernde Sendungen“

Die Verkehrsrichtlinien für Post und Telegraphie bringen in Nr. 28 u. a. Folgendes zum Thema postlagernde Sendungen:

Man denkt sich die Sache mit den „postlagernden Sendungen“ allgemein meist so, daß man sich nur am Schalter zu melden und dort zu fragen braucht, ob etwas mit der verabredeten Anschrift vorliegt, um es dann ohne weiteres in Empfang zu nehmen. Aber so einfach ist es mit solchen Sendungen nicht. Es ist nicht allein für den Postbeamten, sondern auch für den Nachfragenden so manches zu beachten. Was darüber vorgeschrieben ist, enthält der § 42 der Postordnung vom 30. Januar 1929, und dieselbe ist es gerade jetzt bei der Reisezeit, in der besonders viel von postlagernden Sendungen Gebrauch gemacht wird, angebracht, hierauf hinzuweisen.

Im § 42 heißt es, daß Postsendungen mit dem Vermerk „postlagernd“ mit Ausnahme der Briefe mit Zustellungsurkunde, bei der Bestimmungsortpostanstalt aufbewahrt werden. An Orten mit mehreren Postanstalten werden postlagernde Sendungen, auch solche mit der Bezeichnung „Bahnpostlagernd“, nur bei bestimmten Postämtern ausgegeben, wenn nicht in der Anschrift ein anderes Postamt ausdrücklich angegeben ist.

Die Ausgabe von postlagernden Sendungen erfolgt im allgemeinen während der Schalterdienststunden, wenn es die örtlichen Verhältnisse gestatten auch außerhalb derselben.

Für sonstige Sendungen beträgt die Aufbewahrungsfrist 14 Tage nach deren Eingang. Bei Briefsendungen kann der Absender jedoch durch besondere Vermerke auf diesen eine kürzere Lagerfrist fordern, wie z. B. „Zurücksenden, wenn nicht bis 30. August abgeholt“, oder „nur bis 30. August lagern lassen“.

Nun fragt es sich aber: Wann dürfen postlagernde Sendungen ausgehändigt werden bzw. wer ist zu deren Abholung berechtigt? Die Frage beantwortet ebenfalls der § 42 der Postordnung: „Die Sendungen werden dem Empfänger ausgehändigt, wenn er sich meldet und auf Verlangen ausweist.“ Dabei muß man unterscheiden, welcher Art diese Sendungen sind. Handelt es sich um solche, für welche die Postverwaltung nicht ersparpflichtig ist, also um gewöhnliche Briefsendungen, so wird deren Ausgehändigung ohne besonderen Ausweis, einerlei, ob sich der Empfänger selbst meldet, oder es ein Beauftragter von ihm ist, in der Regel nichts im Wege stehen.

Zur Empfangnahme von Sendungen, für welche die Postverwaltung ersparpflichtig ist, muß sich der Empfänger in jedem Falle ausweisen. Hierzu genügen aber, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, keinesfalls Briefschaften, Postkarten, auch nicht solche, mit denen die vorliegenden Sendungen etwa vorher angeklübt worden sind. Jeder Beamte, der sich in Anwendung allzu großer Vertrauensseligkeit oder leichtfertigerweise auf Grund solcher Beweismittel überreden lassen würde, von der Einhaltung gegebener Vorschriften abzugehen, macht sich u. U. ersparpflichtig.

Am zweckmäßigsten läßt man sich gegen eine geringe Gebühr sogenannte Postausweisarten, die Lichtbild, Verordnungsbeschriftung und eigenhändige Unterschrift enthalten, ausfertigen, die auch, mit wenigen Ausnahmen, im Ausland Gültigkeit haben. Solche Karten werden bei jeder Postanstalt ausgestellt. Ist man in der Lage, von Behörden für bestimmte Personen ausgeteilte Papiere, die eine Personenbeschriftung, ein beglaubigtes Lichtbild und die eigenhändige Unterschrift des Inhabers enthalten, wie Pässe, Paßkarten usw., vorzulegen zu können, so gelten auch solche Beweismittel als vollständige Ausweisepapiere.

Zur Abholung gewöhnlicher Briefsendungen genügen auch von einer Postanstalt ausgefertigte Postlagerarten. Die Briefsendungen dürfen jedoch in diesem Falle keine persönliche Aufschrift haben, müssen aber die in der Karte angegebene Nummer tragen.

### Führung neuer Fremden- und Krankenbücher

Nach der Landesmeldeordnung vom 5. 7. 30 war den Inhabern von Hotels, Gasthäusern, Fremdenheimen, Herbergen und den Krankenhäusern, Entbindungs-, Heil- und ärztlichen Anstalten nachgelassen, die bisher geführten Fremden- und Krankenbücher bis zum 1. 7. 31 weiterzuverwenden. Nunmehr dürfen nur die nach der Landesmeldeordnung vorgeschriebenen Fremden- und Krankenbücher benutzt werden. Die neuen Fremden- und Krankenbücher dürfen vor der ersten Spalte noch mit einer Spalte „laufende Nummer“ und hinter der vorgeschriebenen letzten Spalte mit weiteren Spalten für geschäftliche Zwecke versehen werden. Das Gleiche gilt auch für die Kartieren und Durchschreibehäfte.

Die Vorbrude für die Fremdenbücher nach Muster „G“ und Krankenbücher nach Muster „H“ werden nicht mehr von den staatlichen Polizeibehörden geliefert, sondern sind aus Privatbetrieben zu beziehen. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen der Landesmeldeordnung werden polizeilich bestraft.

### Reichswehr-Proviantamt in Flammen

W. B. Stettin, 22. Juli.

Im Proviantamt der Reichswehr in Alt-damm bei Stettin brach heute vormittag ein Feuer aus, das rasch großen Umfang annahm. Das Feuer entstand vormittag gegen 10 Uhr in einem großen Schuppen, in dem 110 Tonnen Heu untergebracht waren. Trotz sofortigen Eingreifens der freiwilligen Feuerwehr von Alt-damm und der Reichswehrtruppen ist der Schuppen bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Der Brand war nach dreikündiger Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehr und der Reichswehrtruppen niedergekämpft. Da einer der wenigen zur Verfügung stehenden Brunnen, aus denen das Wasser zum Löschen entnommen wurde, nach kurzer Zeit versagte, gestatteten sich die Löscharbeiten äußerst schwierig.

### Das reiche Amerika

Die unter Leitung des amerikanischen Geologen Thomas G. Donovan stehende geologische nordkanadische Expedition entdeckte an den Ufern des Großen Bärensee riesige Kupfer-, Silber- und Goldlager, sowie eine große Quantität von radiumhaltigen Uranerzen. Eine an der Universität Alberto durch Professor Alan vorgenommene Analyse dieser Erze berechnete den Wert des gefundenen Kupfererzes mit 160 Mark pro Tonne, den des Silbererzes mit 4000 Mark pro Tonne und den des Uranerzes mit 40 000 Mark pro Tonne. Der hohe Wert des Uranerzes macht selbst einen Lufttransport rentabel, der vorläufig der einzige mögliche ist. Wahrscheinlich wird aber jetzt eine Eisenbahn nach dem Großen Bärensee gelegt werden.

88 Häuser verbrannt. Infolge Brandstiftung wurden in dem Dorfe Radlesel (Jugoslawien) 88 Bauernhäuser und ein großer Teil der bereits eingebrachten Ernte ein Raub der Flammen. Ein enttäuschter Bettler ist der Brandstiftung verdächtig.

### Rundfunkprogramm

Leipzig—Dresden

Leipzig (1167 kHz, 2,5 kW) Welle 250,3. — Dresden (611 kHz, 0,8 kW) Welle 218,8. Freitag, den 24. Juli.

6.30 Uhr: Junggymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert (Schallplatten).

10.00 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.

10.10 Uhr: Was die Zeitung bringt.

11.00 Uhr: Werbenachrichten.

12.00 Uhr: Wetterbericht und Wasserstandsmeldungen.

12.05 Uhr: Wiener Bonbons (Schallplatten).

13.00 Uhr: Wettervorhersage, Preise und Börsenbericht.

Anschließend: Aus Giuseppe Verdis Opern (Schallplatten).

14.00 Uhr: Wirtschaftliche Ansprache. Etsch Liebermann-Kohlsche, Leipzig: „Streikzug durch Müßiggang.“

14.30 Uhr: Studio des Mitteldeutschen Rundfunks.

15.15 Uhr: Dienst der Landfrau: Fütterung für Tierzeugung.

15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.

16.00 Uhr: Schauspielmusik.

17.00—17.35 Uhr: Wettervorhersage und Zeitungsbeilage.

Anschließend bis 17.40 Uhr: Arbeitsmarktbericht des Landesamtes für Soziales.

17.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten.

18.05 Uhr: Seglerbericht: Seglerkongress.

18.20 Uhr: Den Führerschulen, Mittel: Überblick von einer Verkehrskontrollstelle. Am Mikrofon: Richard Lehmann und Regierungsrat Albert Zimmermann, Leipzig.

18.50 Uhr: Wie geben Kaufkraft ...

19.00 Uhr: Das deutsche Dorf (zur Vortragsgesellschaft „Bauen — Wohnen — Leben“). Dr. Friedrich Bergmann, Dresden.

19.20 Uhr: Welche Saiten (Schallplatten).

20.30 Uhr: „Suggestion.“ Hörspiel in einem Akt von Eberhard Sußner.

21.10 Uhr: Tagesfragen der Wirtschaft.

21.25 Uhr: Deutsche Volkslieder. Der Leipziger Solistenchor. Dirigent: E. Blamert.

22.15 Uhr: Nachrichtendienst.

Anschließend bis 23.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. Das Hof-Orchester, Dresden. Dirigent: Hans Wolf.

### Deutsche Welle

Freitag, den 24. Juli.

5.45 Uhr: Zellanfrage und Wetterbericht für die Landwirtschaft. Anschließend Frühkonzert.

6.30 Uhr: Uebertragung Berlin: Junggymnastik. Anschließend Frühkonzert.

10.05 Uhr: Neueste Nachrichten.

12.00 Uhr: Schallplattenkonzert: „Keltische Melodien.“

13.30 Uhr: Uebertragung Berlin: Neueste Nachrichten.

14.00—15.00 Uhr: Uebertragung Berlin: Schallplattenkonzert.

15.00—15.25 Uhr: Jungmädchenklub: Zuhilfenahme. Hans Reimann.

15.30—15.45 Uhr: Wetter- und Börsenberichte.

16.00—17.00 Uhr: Uebertragung des Nachmittagskonzertes Leipzig.

17.00—17.25 Uhr: Pädagogischer Punkt: Turnlehrer, Sportarzt, tägliche Turnstunden.

17.30—17.55 Uhr: Aus dem Familienleben der Tiere.

18.00—18.25 Uhr: Volkswirtschaftslehre: Wie kontrolliert der Industrielle sein Budget? Dr. Heinz Eubisch.

18.30—18.55 Uhr: Das Erlebnis am Kunstwerk (IV): Die Siegenallee in Berlin.

19.00—19.25 Uhr: Wissenschaftlicher Vortrag für Tierärzte.

19.30—19.55 Uhr: Die Welt des Arbeiters: Kulturkreis des Arbeiters. Dreigespräch über die religiöse Gedankenwelt des Arbeiters.

20.00—20.25 Uhr: Die Stellung der Presse in Sowjetland. Ministerialdirigent Dr. Böhmer.

Durch die halbhohe Tür spricht er weiter auf den Botschafter ein, der drinnen am Fenster steht. „Heute abend wird selbstverständlich zurückgefliegen! Baroque wird ja bis dahin die Riste stark bereitet haben ... Was, um Himmelswillen, sollen Capponis Kampfschwärmer in Albanien! Billiges Druckmittel, um Belgrad würde zu machen: ... Brionne, wie ich diese Gebärden haß! Spiel wider Männer! Dahinter stehen doch nur höhnische Wölfe! ... Lassen Sie auf, Brionne, Belgrad läßt sich jetzt nicht lumpen und jetzt seine Kampflieger ebenso vernünftig in Marsch! Vielleicht gleich noch ein paar Infanteriebrigaden! ...“ Das Wasserplätschern im Badezimmer hört auf. Über Brandts Stimme hinter der Tür klagt weiter. „Unseliger Erdteil, dieses Europa! Mache! Gewalt! Verkaupte Methoden! Es war ja immer so! Wer soll's ändern!“

Ironisch und böse dröhnt im Badezimmer das Gelächter. Gleich darauf kommt Brandt ins Schlafzimmer, während er das Hemd über den nackten Oberkörper streift. „Brionne, können Sie sich ausmalen, wie jetzt alle Staatsmänner Europas mit grauen Gesichtern an ihren Tischen hocken? Es war so schön und friedlich in Europa! Die Pariser Vorortverträge habe kein wahres Eden aus unserem Erdteil gemacht! Diese fünfzehn Jahre sind nichts als ein einziger Erdbebenhaufen gewesen, nicht wahr!“ Das ironische Gelächter schallt von den Wänden zurück. „Eine neue Welt mit frischgewaschenen Menschen sollte aufgebaut werden, nicht wahr? Hat man in Paris nicht Herrn Clemenceau ein pompöses Denkmal gesetzt? Dilemme Haßler und Gewalttäter! Das wird Frankreich eines Tages teuer zu stehen kommen! Und Herr Wilson! Ah, diese ganzen Weisen von Versailles! Aber inzwischen ist den europäischen Menschen die Drecksut bis zu den friedentriefenden Lippen gestiegen! Und heute sind wir Gott sei Dank soweit, daß Kanonen auffahren, Kampflieder losgeheut werden. Ueberall erwartet man schon die Nordbesetze. Alles zur höheren Ehre der Nationen! Es wird höchste Zeit, daß ich übers Wasser zurückkomme, Brionne. Ich behauere nur, daß man sich noch nicht von Kontinent zu Kontinent hinüberziehen kann! Denn, es tracht schon in allen Tugeln!“

Brionne hat schweigend zugehört. Er beugt auf seine Morgenjagare, die ihm nicht schmecken will. „Sagen Sie, lieber Brandt, — natürlich nur theoretisch gesprochen — glauben Sie, daß das französische Volk im gegebenen Augenblick marschieren würde ...?“

Brandt, der vorm Spiegel steht, wendet sich um, kriecht sein Haar weiter, während er den Botschafter, mit dem er sehr befreundet ist, gespannt ansieht. „Nein“, sagt er dann langsam. Er dreht sich wieder dem Spiegel zu und lächelt Brionnes Spiegelbild zu. „Das heißt ... es würde marschieren, wenn niemand da wäre, der lauter trommeln kann als die Generale!“

Brionne tritt langsam hinter den Freund und legt die Hand auf seine Schulter. „Bewahre uns der Himmel, daß die Generale zu trommeln Anlaß hätten. Aber glauben Sie im tiefsten Herzens-

grund, daß die Massen der europäischen Völker wirklich die unerhörte Solidarität aufbringen würden, ohne die jeder Sturm- lauf gegen Krieg und Kriegsgefahr sinnlos und selbstmörderisch wäre?“

„Daran glaube ich wie an mich selbst“, erwiderte Brandt. Er knipft das blaue Jackett zu. „Kommen Sie, Brionne, mein Telegramm an Saint Brice muß fort!“ — In diesem Augenblick tritt der Botschafter ein: „Ich verstehe unsere Regierung nicht“, sagt er sichtlich beunruhigt, „legt hat sie an Capponi ein Ultimatum geschickt! Eben funkt uns Paris eine Abschrift davon.“

Der Botschafter überfliegt das hingereichte Telegramm, Brandt steht mit einem Sprung hinter ihm und liest mit. Sein Gesicht versteinert sich langsam. Was da steht, liest sich ja wie der zweite Teil einer schlechten Tragikomödie! ... Befehlt vom Wunsch nach gemeinschaftlicher Widerarbeit glaubt die französische Regierung nicht abseits stehen zu dürfen, wenn kleinere Nationen einem übermächtigen Druck durch eine Großmacht ausgesetzt werden. Frankreichs Regierung erwartet nun, daß die Regierung Italiens bis morgen drei Uhr nachmittags die vom König Südlawiens geforderte Zulage erteilt. Der friedsichliche Weiterbehandlung ist dann der Weg geebnet.“

„Ja, natürlich! Der Weg wird dann geebnet und blühend geschnitten!“ Brandts Stirnwarde hat sich gefährlich verdrückt und gerötet. „Alle guten Geister haben Saint Brice verlassen! Das ist bereits halber Kriegszustand!“

Der Botschafter fährt sich über die Stirne. „Auf solche Ueberführung war ich allerdings nicht vorbereitet ...“, sagte er leise und betroffen.

Brandt ist schon in die Kanzlei hinübergeglitt. Als Brionne dort eintritt, sieht er ihn schon schreiend am Tisch sitzen. Sein Gesicht ist plötzlich schmal und verzerrt. Aber aus seinen grauen Augen schielt eine dunkle Flamme.

... Ultimatum an Capponi macht mich sprachlos!“ wirt sein Bleistift aus Papier. „Dede solche Politik nie und nimmer mit meinem Namen! Wiederhole, daß für mich und Masse des französischen Volkes jeder Appell an eine jetzt möglich scheinende Waffenstillsetzung undiskutabel ist! Capponis Rathgeben durchaus unwahrscheinlich, jede Psychologie spricht dagegen. Wäre wird also mit glattem Bruch zwischen Paris und Rom enden oder mit schwerer moralischer Unterbilanz für Frankreich! In beiden Fällen wird Ihr Kabinett ohne Gefolgshaft sein! Starke heute abend zum Rückflug. Léon Brandt.“

„Bitte lieber Brionne, lassen Sie die Depesche doppelt diffizieren und ohne Zeitverlust funken.“

Der Botschafter überliest die Sätze. Sie tanzen vor seinen Augen wie hässliche Teufel. Er denkt an Frankreich, das plötzlich in zwei Teile auseinanderbrechen muß wie das Kabinett der großen Koalition. Brandt und Saint Brice — zwei fremde Welten, die bisher nur ein künstlich gezimmertes Steg verband. Wird der Steg jetzt einfliegen? (Fortsetzung folgt.)



Väterchen Zar macht Geschäfte

Zar Alexander II. war ein sehr mißtrischer, ungemüthlicher Herr, denn die Nihilisten verbitterten ihm das Leben gar zu sehr...

Es war in Perm, anlässlich der Einweihung einer neuen Kirche. Der Zar veranstaltete im Palais des Gouverneurs einen Empfangsabend...

„Wie kommt es,“ fragte er ziemlich mißmüthig, „dass in dieser Stadt gar kein Leben, gar kein Verkehr ist?“

„Majestät,“ antwortete der Bürgermeister erschrocken, „daran ist nur die Bevölkerung schuld. Das krankhafte Festhalten der Einwohner an den Ueberlieferungen...“

„Man müßte die Leute ermuntern, auch Handel zu treiben. Aber wenn die Herren der Stadt gar nichts tun...“

„Allernächste Majestät,“ erklärte sich der Bürgermeister zu erwidern, „ich bin im Vergleich zu Eurer Majestät nur ein kraftloser und machtloser Wurm...“

„Nun, das wird sich schon zeigen“, meinte der Zar und ließ den Bürgermeister stehen.

Am nächsten Morgen war Väterchen guter Laune. Er befahl seinem Adjutanten, auf die Straße hinunterzugehen und ihm einen Bauer heraufzubringen...

„Hör' mich an, Semjon Piotrowitsch,“ sprach der Zar zu ihm, „ich will mit dir ein Geschäft machen.“

„Ein Geschäft, mit mir?! Ich bin ein Bauer und kein Kaufmann. Alle meine Vorfahren waren schlechte Bauern.“

„Hör' mich nur gut an, Semjon Piotrowitsch. Geschäfte machen ist gar keine Hexerei. Zum Beispiel hier in der Stadt gibt es viele Leute, die keine Kuh haben, aber Butter brauchen sie doch...“

„Das Bauerlein betraugte sich abermals. „Wie soll ich hundert Pud Butter von dir kaufen? Meine ganze Wirthschaft ist zwei Rubel und fünfzig Kopeken.“

„Ich treidlere dir den Betrag für die hundert Pud Butter und erst, wenn du sie verkauft haben wirst, kommst du zu mir und bezahlst deine Schuld.“

„Ich soll Schulden machen? Das geht nicht. Auch mein Vater hat niemals Schulden gemacht. Ich bin und bleibe ein Bauer.“

„Du kannst gehen,“ sprach der Zar und ließ sich einen Schuster heraufbringen.

„Treibst du auch Handel?“ fragte er ihn. „Handel?“ rief der Mann erschrocken aus. „Alle guten Geister! Handel treiben ist eine gefährliche Sache.“

„Gar nicht so gefährlich, wie du glaubst. Höre mich an, Swam Feodorowitsch. Ich verkaufe dir zweihundert Paar Stiefel, das Paar zu drei Rubel und du verkaufst die Stiefel mit sechs Rubel das Paar.“

„Ich werde mich doch nicht zugrunde richten, hoher Herr,“ entgegnete der biedere Schuster. „Denn, was soll aus meinem Handwerk werden, wenn ich fertige Ware verkaufe.“

„Du bist ein Esel, Swam Feodorowitsch, mach, daß du weiterkommst.“

Ebenso erging es dem Zaren mit einem Schneider, einem Tischler, einem Wagner. Keiner wollte von ihm fertige Ware kaufen; jeder hiesel sich darauf, daß auch seine Väter und Väterväter in fertige Ware gekauft hatten.

Der Adjutant ließ jetzt einen Armenier in das Gemach des Zaren. Der war von selbst gekommen, den brauchte man nicht erst von der Straße aufzulesen.

„Was willst du, Bogdan Bogdanowitsch?“ fragte der Zar. „Ich habe gehört, Majestät wollen Geschäfte machen. Viel leicht mit mir?“

Der Zar lachte vergnügt. „Und was möchtest du kaufen, mein Lieber?“

„Alles, was zu haben ist. Wein, Leder, Getreide, Koffhäute, Zuchtwiehe... alles.“

„Diesem Menschen will ich einen Streich spielen,“ dachte sich der Zar vergnügt. „Kaufst du auch Schmutzwasser?“ fragte er dann.

Der Armenier schüttelte den Kopf nicht vor dem Kopf gekostet. „Schmutzwasser,“ entgegnete er, „das noch am allerliebsten.“

„Zum Beispiel das Wasser, in dem Majestät gebadet oder sich die heiligen Hände gewaschen haben. Für jedes einzelne Glas bekäme ich einen Goldrubel.“

„Väterchen lacht aus vollem Halse. „Wie sindig dieser Armenier doch ist.“ Dann sagte er, und war auf die Wirkung seiner Worte sehr neugierig: „Würdest du auch das Schmutzwasser der Fabriken kaufen?“

Der Armenier war nur im ersten Augenblick verduht, dann antwortete er pfiffig: „Ich kaufe es sehr gern. Was kostet das Schmutzwasser der Fabriken im Gouvernemente?“

„Zweihundert Rubel.“

„Gemacht, Majestät. Hier sind die zweihundert Rubel und ich bitte um einen Kwas mit der allerhöchsten Unterschrift Eurer Majestät, daß das Schmutzwasser aller Fabriken mir gehört.“

„Du bekommst ihn, Bogdan Bogdanowitsch. Aber was machst du, wenn du dein Geld einbüßest?“

„Geschäft ist Geschäft, Majestät. Und ohne Risiko läßt sich überhaupt kein Geschäft machen.“

Den kaiserlichen Kwas in der Tasche, fuhr der Armenier in die erste Fabrik und ließ sich sofort vor den geschäftsführenden Direktor führen.

Bogdan Bogdanowitsch bekam die achthundert Rubel und er fuhr von da in die nächste Fabrik, dann in die dritte, vierte. Und überall entsagte er seinem Rechte auf das Schmutzwasser...

„So? Seid Ihr schon zu Verstand gekommen?“ fuhr sie der Zar an. „Geht Ihr zum Teufel, Habt ihr meine Butter, meine Stiefel und meine anderen Waren nicht kaufen wollen, dann bleibt nur schön auch weiterhin bei euren Werkzeugen.“

„Einen Schmutzwasserbetrieb hat es in Perm nur einmal gegeben.“ Julius Chermela. (Deutsch von Maurus Meje.)

Schallplatten-Auslese

In den Sommermonaten sind die Schallplattenfabriken etwas zurückhaltend mit Neuausgaben und verhältnismäßig bevorzugen sie die vergängliche Unterhaltungsware noch mehr als sonst...

Grammophon (Die Stimme seines Herrn!): Ein auf der Schallplatte noch nicht ausgenutzter hübscher Wiener Walzer, der Delirien-Walzer (27 204) von Joseph Strauß. Ein Chopin'scher Walzer und eine Toccata von Debussy auf 90 174 von dem Meisterpianisten Brailowsky auf Steinweg-Hülgel. Klarer, warmer Zimmerton. Alfred Wictaer singt auf 90 160 mit Orchesterbegleitung zwei italienische Volkslieder, groß und lebensvoll im Ton.

Electrola: Eine Köstlichkeit auf den zwei großen Platten NJ 607/8, Mozarts Sinfonie Nr. 34 C-Dur, von der Berliner Staatsoper unter Leo Blech in allen Präzision musiziert. Auf kleiner Platte DA 1130 kostbare alte Musik (Chanson Louis XIII, La Precieuse), von dem Erviolinisten Fritz Kreisler zu Michael Kaufmanns Klavierbegleitung gespielt.

Ultraphon: Aus „Schwanda, der Dubelsadpfeifer“ die temperamentvolle Polka auf E 938, rücheltig zwei melodisch und rhythmisch reizvolle altböhmische Tänze von Janacek. Der II. Satz aus der „Phantastischen Sinfonie“ von Bruckner unter dem Titel „Ein Ball“ auf E 908, elegante flüssige Melodie. Zwei Ständchen better Kammermusik auf A 932, ein Nocturno von Chopin und das bekannte Ständchen von Schubert, Violine mit Orchester. Der Tenor Joseph Schmidt singt in schöner Klarheit auf A 930 zwei italienische Liebesden (Volta und Mal d'amore). Ein ganz leiser Lederbläser die Parodie über sentimentalen Volksliedangebot (Mariechen sah weinend im Garten. Als er von ihr weggegangen), Solo und Duett zu Klavier und Bandoneon.

Kleines Fest

Sonntagmorgen. Es ist noch sehr zeitig. Da durchbricht die Morgenstille ein Trommeln. Auch Querpfeifen quieken dazwischen. Noch im Halbschlaf wird den müthigen Schläfern ins Ohr telegraphiert: Das sind bloß Kinder, die diese Musik machen.

„Im, sie machen einen Umzug und tragen ein Schild mit: Heute ist Gartensest. Aha. Das Trommeln geht vorüber, verliert sich in Nebenstraßen.“

„Dann beginnt es in den umliegenden Gärten lebendig zu werden. Was wollen sie denn schon so zeitig, diese menschlichen Ameisen? Ein Vogel zwitschert. Jemand sagt laut und gewichtig „Guten Morgen“, der Himmel und die Sonne versprechen einen schönen Tag. Denn der beginnt ja erst, und am Sonntagmorgen ist alles noch so rein, so frisch und unverdorben.“

Heute werden Drähse gepannt, Girlanden aus Papier und Papierlaternen aufgehängt.

Und dann in den Vormittagsstunden geht der Umzug der Kinder vor sich. Kinder mit Fähnchen, Wagen mit einer bunten Gruppe von Mädchen, Blumen im Haar. Den Wagen ziehen starke Bierbrauerpferde. Wieder Kinder, dann Trommlertruppe, und mit dem bunten kündigt sich die Musikpelle an. Sie spielt den funkel-nagelneuen, uralten Leipziger Lokalmarsch von dem kapitalistischen „Wärstchenmann“ aus der Reichenhainer Straße, der sich erhängte, weil er seine Wärstchen“ verschentete.

Auf dem Festplatz, inmitten der Gärten, dreht sich ein Karussell. Mädchen führen einen Reigen auf, nach den Melodien eines Bandoneons. Jungens als Indianer dürfen je zu dritt eine Runde auf einem Pony reiten. Schließlich ist auch der Umzug auf dem Festplatz angelangt. Nun ist alles in ein farbiges Chaos von durcheinanderwimmelnden Kindern, Geschrei und Musik auf.

Das Bierzelt hat weniger Betrieb als der Eismann. Eis, die große Mode. Die Luzuspelle von Kindern und Beschlofen.

Unmerklich ist die Dämmerung gekommen, und die Lampen und Laternen werden angezündet, und bald sind die Gärten zwischen dem Dunkel der Bäume und Büsche mit farbigen, milden Lichtsteden überfüllt. Nichts schafft mehr Stimmung, als so eine bescheidene, bunte, gewöhnliche Papierlaterne. Selbst das unruhige Gemüt wähnt für zwei Pfennige Romantik eine Behaglichkeit zu spüren, zu der es tagsüber nicht kommt.

Einmal zischt eine Rakete auf und verpufft in halber Höhe. Ein Ueberbleibsel vom letzten Gartensest. F. Sch.

„Die roten Spähen“, das bekannte Leipziger sozialistische Latenzkabarett, ist vom Hauptverband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands aufgefordert worden, im Rahmen ihres Jugendtages in Frankfurt a. M. eine Vorstellung zu geben. Die roten Spähen spielen am 22. August im großen Saale des Volksbildungsamtes zu Frankfurt.

Nachlass des Freiherrn vom Stein. Aus Anlaß des 100. Todestages des Freiherrn vom Stein haben die Reichsregierung, die preussische Staatsregierung und der deutsche und der preussische Städtebund die Veröffentlichung seines gesamten literarischen Nachlasses veranlaßt.

Museum der bildenden Künste, Augustusplatz. Die Ausstellung Graphik der Gegenwart 2. Teil Mitteldeutschland mit den Leipziger und Dresdener Künstlern bleibt bis Anfang August geöffnet, da der Kunstverein gegenwärtig ebenfalls Leipziger Künstler zeigt.

Dr. O. Popitz: Gift in der Nahrung

Essend und lehrreich ist das Beginnen, unsere täglichen und nicht alltäglichen Lebensmittel auf ihren Wegen vom Rohstoff bis zum Verzehr zu verfolgen. Es gibt kaum ein Nahrungsmittel, dessen sich die Industrie nicht bemächtigt hätte, um bald in geringem, bald in größerem Umfange an ihm ihre Künste zu erproben. Die Kulturentwicklung der Menschheit mit dem Ergebnis der Zusammendrängung großer Massen in die Steinhöhlen der Städte und besonders der Großstädte, hat viele Millionen Zeitgenossen nicht nur von der Verbindung mit der Natur gelöst, sondern sie auch von der Quelle ihrer unverfälschten natürlichen Nahrung weggedrängt. Die wirtschaftliche Organisation bringt diese Verhältnisse naturgemäß mit sich, und diese selbe wirtschaftliche Organisation liefert die Versorgung mit den notwendigen Unterhaltungsmitteln in die Hände der kapitalistischen Lebensmittelmittelindustrie.

Die zusammengeballten Scharen von Menschen sind nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt selbst der Scholle abzurufen, ihre Genussmittel mit eigener Hand gesundheitsföhrlichen Anforderungen entsprechend zu erzeugen. Mag mag seine Augen wenden, wohin man will, überall trifft der Blick auf die Maßnahmen, die die Nahrungsmittel ihrer natürlichen Vorzüge berauben. Das eine Mal fordert die Zeit zwischen Erzeugung und Verbrauch des Nahrungsmittels eine konservierende Behandlung, das andere Mal verlangt die Zubereitung zum mundgerechten Verzehr künstliche Eingriffe, das dritte Mal soll dem Ausschicken der Ware nachgeholfen werden und so weiter. Überall greift die Industrie mit ihren Mitteln ein, um den Aufgaben gerecht zu werden. Sie hat keine Sorgen darum, wie die Nahrungsmittel durch ihre Eingriffe verändert werden, so daß sie an Wert für die Ernährung des Menschen verlieren, ja selbst zu Schadstoffen an der menschlichen Gesundheit werden. Sie hat nur Sorge, wie ihr aus dem von ihr behandelten Erzeugnis der höchste Profit abfällt, wie sie mit Reklame dem Publikum Sand in die Augen streuen kann.

Wenn man den Anpreisungen trauen dürfte, dann ist der Nahrungsmittelmarkt mit den hochwertigsten, vorzüglichsten, taubeltesten Waren versorgt, die der Gesundheit des Volkes die besten Dienste zu leisten versprechen. Nichts fehlt uns, außer vielleicht das blühende Kleingeld, um all die angebotenen Kostbarkeiten erstehen zu können. Schaut man aber näher zu, so entpuppen sich all die Eingriffe trotz gegenteiliger Behauptung als Verhinderungen der Rohstoffe. Manche davon werden vom Geschmack des Volkes als notwendig und damit nicht als Verhinderungen empfunden. Manche aber bedeuten nicht nur ein Minderwertigmachen der Nahrung, sondern eine unmittelbare Gefährdung des Verzehrers. Vom Fleisch bis zum Trinkwasser verlangt die Hygiene der Neuzeit eine Zubereitung, die in den allermeisten Fällen nur mit Hilfe chemischer Stoffe durchgeföhrt werden kann. Säure wird zur Erhaltung der Erzeugnisse in zunehmendem Umfange angewendet, um tierische und pflanzliche Zersöhrer zu vernichten. Chemische Stoffe werden benötigt, um den Geschmack zu verbessern, um die Waren verdaulich zu machen. Erhöhung und Teufelung im Verein mit den chemischen Stoffen zöhren den Gehalt der Nahrungsmittel an den lebenswichtigen Bestandteilen. Statt ihrer hatten sich die unter allen Umständen giftig wirkenden Behandlungsmittel an die Lebensmittel. Nur verschwindend kleine Mengen mögen das sein, aber der lebende Zustand des Menschen ist das empfindlichste Perkos für die Erkennung allerfeinsten Giftmengen, die als Reizstoffe an die Ausführeinsden der Zellen herantreten und von ihnen Leistungen außerhalb der natürlichen Regelbreite verlangen. Leistungen, die oft recht schnell zur Ersöhpfung der Kräfte für die Erforschung föhren und damit schwerste Vergiftungsercheinungen veranlassen.

Biel bedeutamer aber wird die allmähliche, langsame Veränderung und Störung er Zelleisungen, denn selten wird ihre Ursache erkannt. In der Fleischerei, in der Fischhalle, in der Molkerei, beim Obst- und Gemüsevertrieb, im Kolonialwaren-geschäft, beim Bäcker und Konditor, im Wirtshaus, bei der Trinkwassererzeugung, allüberall ist die Anwendung von Behandlungsmethoden der Nahrungs- und Genussmittel zu Hause, die gefährlichsten Gifte leichtfertig den Speisen beimischen. Ohne sich immer der Gefahren voll bewußt zu sein, arbeiten Gewerbe und Industrie mit diesen Giften, höchstens daß es gelegentlich heißt, das eine Mittel sei weniger giftig als das andere.

Die Wissenschaft unterföhrt diese Methoden mit ihren Gutachten. Allerdings schwankt sie auch entsprechend der Gelehrung in ihrem Urteil. Kupfersalze z. B. zum Grünen der Konserven wurden durch Reichsgesetz vom 5. Juli 1907 verboten, weil sie als sehr giftig angesehen wurden. Nachdem aber die Konservenindustrie die Aufhebung des Verbotes der Kupferverwendung über die stille Duldung erreicht hatte, wurde als wissenschaftliches Forschungsergebnis erklärt, daß die Cupri(Kupfer-)salze in kleinen Mengen dem Menschen nichts schaden.

Zeichreich ist dazu die Beobachtung Nagellis über die Wirkung von destilliertem Wasser auf Algen. Aus den Destillier-apparaten war Kupfer in Mengen von 1 zu 1000 Millionen Teilen Wasser beim Destillieren mitgegangen. Die Algen starben. Sie starben sogar, wenn die Gefäße ausgespült und mit kupferfreiem Wasser gefüllt wurden, während sie am Leben blieben, wenn die Wasserdestillation nur in gläsernen Apparaten erfolgt war. Wenn so unendlich kleine Stoffmengen als tödliches Gift wirken, so werden sie für die Körperzellen des Menschen nicht ungiftig sein.

„Der Dank des zivilisierten Menschen für die Gaben der Natur — sagt Kurt Lenzer — die zur Erhaltung seines Lebens nötig sind“, ist das Ergebnis seines überhöhrten Verstandes: „er verheimlicht sie und nimmt ihnen ihre Nähr- und Heilkraft und ihre Reinheit.“ Er verhandelt sie mit chemischen Giften, Blei, Zinn, Kupfer, Arsenik, Teerabkömmlingen aller Art und noch anderen Stoffen. Er läßt sie sich zerlegen und verkaufen, ehe er ihnen den richtigen Genuß abgewinnen mag. „Der leidtragende Teil ist unser Körper, der täglich mit den wesenfremden Substanzen, die mit der Nahrung ihm einverleibt werden, um seinen Fortbestand zu kämpfen hat.“ Zumest wird er Sieger bleiben, aber die Nahrungsmittel an ihrem Leidenwege einverleibt werden, das Jahrzehnte hindurch fortgesetzte Beobachtungen erfaßte; noch begnügt sie sich mit kurzfristigen Beobachtungen und Versuchen. Und der Staat und die Gesellschaft begnügen sich mit der Verfolgung der Opfer der Gifte in den Nahrungsmitteln, der Kranken und Sterben.

Unbedingt nötig ist eine allumfassende Gesundheitsfürsorge, gegründet auf strenge durchgeföhrt Vorbeugung. Dazu gehört in erster Linie das Bemühen um eine natürliche giftfreie Volksernährung.

Wer sich eingehender über die Frage der gegenwärtigen Art der Nahrungsmittelherstellung und über die Gefahr, die von dem Kunst Verzeher: Gift in der Nahrung ausgeht, das zum erstenmal im Buchhandlung über die Verhältnisse in der Nahrungsmittelherstellung verfahren. Verlag: Tübinger Buchhandlung Leipzig. Preis geb. 3,80 Mark, geb. 4,80 Mark.



KLEINES FEUILLETON

Das Antlitz des Alters

Als ich gestern mit der Straßenbahn fuhr, da war kein Sitzplatz mehr zu haben. Ich stellte mich in das Innere des Wagens und kam zufällig neben den Sitz eines blutjungen Badfisches zu stehen...

Da stand das junge Mädchen plötzlich auf und so, als habe sie sich zu entschuldigen, erst jetzt eine Selbstverständlichkeit zu tun, bot sie mir mit einem liebenswürdigen Lächeln ihren Platz an.

In meinem Kopf entstand eine Leere. Ich dankte mechanisch und glitt auf die Bank. Nicht die Jugend hatte mich angesprochen, sondern das Alter. Zum erstenmal in meinem Leben war es auf mich zugekommen...

Das erstmal in meinem Leben hat mir jemand in der Straßenbahn Platz gemacht und es war ein junges, hübsches Mädchen, das mir eine Pflicht einräumte, indem es mir ein Recht einräumte. So also sieht er aus, der Anfang!

Hans Bauer.

Höhenbestimmung des Nordlichts durch Photographie. Auf Grund der Erfahrung, daß Nordlichter im südlichen Ostkanada häufiger gesichtet werden als an irgendeiner anderen Stelle der nördlichen Halbkugel, haben kanadische Physiker im Januar und Februar photographische Aufnahmen von Nordlichtern gemacht.

Otto Stöckel vom Leipziger Schauspielhaus hat sich an die Komödie in Dresden verpflichtet und wird außerdem die Funktionen eines Oberregisseurs der Mirag, bei der Stadtstelle Dresden, übernehmen, die bisher nur sehr mittelmäßig besetzt war.

Varietés Kristallpalast. Der Gedanke, in einem Varietés der Unbekannten Bühnenfremde aber Bühnenlustige Leuten auf die Bretter und vor die Zuhörer zu lassen, wagt schon seiner Neuheit wegen viel Vergnügen. Wenn auch keiner von den Neulingen etwas wirklich Neues bringt — ohne Beifall geht keiner weg.

Markthallenstr. 6

Zervelatwurst in Feitdarm, nach Braunschweiger Art. . . Pfd. 1.50

Markthallenstr. 6

Kassler Rippenspeer . . . . . Pfd. 1.18

Frische Land-Hühner ohne Därme . . . . . Pfd. 1.08

- Frische Schweinsleber . . . Pfd. 1.00
Pökelkeule . . . . . Pfd. 90
Pökelkamm . . . . . Pfd. 1.05
Schwarzfleisch . . . . . Pfd. 1.00
Kalbsaxen . . . . . Pfd. 75
Durchwachs. fettes Schweinefleisch . . . . . Pfd. 55
Reines Schmalz . . . . . Pfd. 90

- Frisches Rindfleisch zum Kochen . . . . . Pfd. 60
Querrippe . . . . . Pfd. 80 u. 70
Kamm und Hohe Rippe . . . . . Pfd. 90
zum Braten ohne Knochen . . . . . Pfd. 1.20, 1.10 und 1.00
Rouladenfleisch . . . . . Pfd. 1.15
Rouladen, gesch. . . . . Pfd. 1.25
Gulasch . . . . . Pfd. 95 u. 85
Pökelfinderbrust ohne Knochen . . . . . Pfd. 1.00

- Schweinsnieren . . . . . Pfund 88
Kalbfleisch ohne Knochen . . . . . Pfund 1.25
Wickelbraten . . . . . Pfund 1.35
Keulen und Nieren . . . . . Pfund 1.60
Frikando od. Schnitzel . . . . . Pfund 1.60
Kalbsrikasse od. Pfefferfleisch . . . . . Pfd. 85

- Das gute billige Hammelfleisch, gefr. Ragoul . . . . . Pfd. 60
Brust und Bauch . . . . . Pfd. 70
V.-Keule, Kamm, Rücken . . . . . Pfd. 80
Roulbraten ohne Knochen . . . . . Pfd. 1.00
Bratenschmalz reines Fett . . . . . Pfd. 60

- Hausgeschlacht. Blut- u. Leberwurst . . . . . Pfd. 1.00
Knackwurst . . . . . Pfd. 1.00
Bratwürste . . . . . Pfd. 1.20
Bierwurst . . . . . Pfd. 1.20
Jagdwurst . . . . . Pfd. 1.20
Wiener Würstchen . . . . . Pfd. 1.20

Großfleischerei Richter & Fischer, Wurstfabrik

Advertisement for Buchdruckerei AG, Tauchaer Straße 19/21, featuring a logo and text about printing services.

Advertisement for Neues Theater and Altes Theater, listing plays and dates.

Advertisement for Dresdner Effenteller, offering special services.

Advertisement for Bauernschänke? bei Onkel Emil, featuring a logo and text about beer and atmosphere.

Advertisement for S. Reichelt Nachf., a mineral water and beer dealer.

Advertisement for Schauspielhaus, listing plays and dates.

Advertisement for Neues Operettentheater, listing plays and dates.

Advertisement for Volkshaus, listing events and dates.

Advertisement for Weisse Wand, listing light plays and dates.

Advertisement for Kurt Munk, listing meat and sausage products.

Large advertisement for Konsumverein, featuring a logo and a list of meat and sausage products with prices.



# „Leipzig grüßt Wien“

## Die Sonderzüge angekommen

Wien, den 23. Juli.  
Mit halbstündiger Verspätung, um 12,45 Uhr, traf heute der erste der Leipziger Sonderzüge in Zedlitz ein. Der 2. kam pünktlich 15,37 Uhr an und der 3. trifft ein, während diese Züge geschrieben werden. Auf den sonst weitvergebenen Bahnsteig war eine Schutzband-Kapelle postiert. Ein Trommelwirbel, dann die Internationale und schon rollen die Wagen endlos ein. Alle Coupés mit Blumen und Zweigen geschmückt. Lachende und fröhliche Gesichter. „Freundschaft.“ „Frei Heil.“ „Nun sind wir in Wien. Trotz alledem.“

„Leipzig grüßt Wien.“ So lauteten die Inschriften auf den Waggons. Der Lokomotivführer, Genosse! Alles, was in Oester-



Die Ankunft der Leipziger „Freundschaft!“ — „Frei Heil!“

reich arbeitet, ist Sozialdemokrat. „Freundschaft.“ So hält es von der Maschine herunter. „Freundschaft!“ auf den Straßen und Plätzen. Dort hatten sich dicke Menschenketten angelammelt. Wiener Jugend mit roten Fahnen und Leipziger Jugend mit einem weißem leuchtenden Transparent: „Leipzig grüßt Wien!“ Leipzig grüßt. Frei Heil.“ So kündete sich das zweite Tausend des zweiten Zuges an. Bei einigen waren die Knochen etwas steif geworden. Was aber tut? Man ist in Wien. Der stürmische Empfang durch die Wiener macht alles vergessen. Auf den Plätzen sieht die Jugend: „Freundschaft!“ hält es im Sprechchor von allen Seiten.

Die Häuser der Umgebung sind mit Hunderten kleiner roter Fahnen geschmückt. Unsere breiten roten Banner sieht man höchstens auf den offiziellen Fahnenmasten der Stadt Wien. Die Fenster



Ahmarsh der Teilnehmer am ersten Sonderzug

sind mit Hunderten von Männern, Frauen und Kindern besetzt, denn nahezu alle erwarten einen Gast.

Hinter der Schutzbandkapelle — formierten sich die Leipziger, Würzener, Großhauer, Eilenburger und wo sie alle hergekommen sind, in Rügen. Bei den Ankommen des ersten Zuges muß das noch einmal geübt werden. Bei dem zweiten Zuge herrschte musterhafte Disziplin. Auch der Sprechchor klappte dort vorzüglich. So wurden alle nach dem „Schlingerhof“ geführt, einer der großen städtischen Wohnbauten. „Errichtet durch die Gemeinde Wien aus den Mitteln der Wohnungssteuer.“ So mancher Leipziger erhielt da den ersten Begriff von der Wiener Kommunalarbeit. Im „Schlingerhof“ war nahezu jedes Fenster besetzt. Vom Balkon des



Begrüßung auf dem „Schlingerhof“

ersten Stockwerks begrüßte der Bezirksobmann, Genosse Bretschneider, die Ankömmlinge aus der Fleischstadt. „Jeder dritte Mann und jede fünfte Frau, die Sie hier auf der Straße treffen, sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei.“ So bekam jeder gleich einen entsprechenden Anschauungsunterricht von der Stärke der Wiener Organisation. Danach wurden die Leipziger — ihrer Quartierwirten zugeteilt.

Dieses Bild wiederholte sich heute mehr als dreißigmal. Auf allen Bahnhöfen, über die die Stadt verfügt. Die Straßen wurden beidseitig mittags völlig von der Olympiade beherrscht. Das um so

mehr, da sich das Wetter wesentlich gebessert hat. Zwar kommt noch hin und wieder ein Regenschauer, aber die Olympiade-Kostüme halten schon einige Tropfen aus. Besonders die Blaublauen geben dem Bild der Stadt ein besonderes Gepräge. Zur 9-Uhr-Messe hatten sich viele Tugend im Stephansdom eingefunden. Interessiert verfolgten sie die Handlungen, die da vor sich gingen. So mancher wird dabei eine Kirche zum ersten Male betreten haben.

Die Leipziger Genossen logieren in Zedlitz. Das Stadion, die Hauptkampfbahn, liegt am entgegengesetzten Ende der Stadt, weit hinter dem Prater. Sie werden die Straßenbahn sehr viel benutzen müssen. Für 3 Mark fährt man vier Tage lang auf allen Linien, die Stadtbahn (teilweise Untergrubbahn) eingeschlossen. Leider sind die Verkehrsverhältnisse nach dem Stadion hergänglich schlecht. Weder Straßenbahn, noch Omnibus. Im Auto muß man mit einem Schilling Sonderzuschlag blühen. Für den Touristen ist Katastrophe, aber auch den anderen Olympiabesuchern schmerzen am Abend die Beine. Denn ab Donnerstag beginnt in den frühesten Morgenstunden der Betrieb. Er endet erst in den Abendstunden.

Doch zur dritten Arbeiter-Olympiade ist wohl auch dieses Problem gelöst.

Die letzten Züge der ausländischen Olympiade-Besucher kamen gegen 11 Uhr nachts auf den Wiener Bahnhöfen an. Darunter

befanden sich Teilnehmer aus Mitteldeutschland: Magdeburg, Halle, Merseburg, Weißenfels, Bitterfeld und Zeitz.

Besonders begeistert sprachen sich die Finnen und die Holländer über den Empfang durch die Wiener Arbeiterschaft aus. Der Führer der finnischen Sportler erklärte, daß sie 76 Stunden unterwegs gewesen seien und dabei fünf Grenzen hätten passieren müssen. Zwei Jahre lang hätten sie gesparrt, um die weite Reise zur Arbeiter-Olympiade nach Wien machen zu können. In einer Dankansprache an die Wiener Arbeiter erklärte der Führer der holländischen Sportler: „Wir sind 28 Stunden gefahren. Wir waren sehr müde, und doch sind wir hier frisch angekommen. Die Müdigkeit ist weg. Schon 20 Kilometer vor Wien und seither die ganze Strecke wurden wir von den österreichischen Arbeitern überall, wo wir durchfahren, stürmisch begrüßt. Sie standen auf den Bahndämmen und auf den Landstraßen und winkten und riefen. Da sind wir munter geworden vor Freude und Dank für soviel Herzlichkeit...“

Als der erste Zug der Deutschen vormittags um 11,30 Uhr auf dem Franz-Joseph-Bahnhof eintraf, gab es ein kleines Rencontre mit den Wiener Falkenkreuzern. Sie konnten es sich nicht verkagen, ihre Stammesgenossen aus dem Reich mit Schmährufen zu empfangen. Die Polizei nahm die Träger des Falkenkreuzes in Schutz, so daß bei der Ankunft der weiteren Züge keinerlei Zwischenfälle mehr zu verzeichnen waren.

Die eigentlichen Wettkämpfe beginnen am Donnerstagsvormittag um 9 Uhr. Am Mittwoch haben bereits die Schachturniere ihren Anfang genommen.

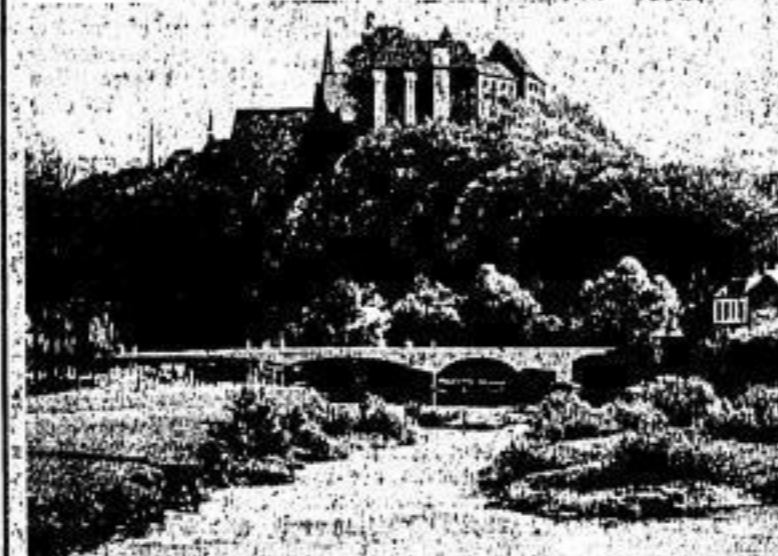


## Wandern und Reisen

### Siebenbürgenfahrt mit Autobus

Etwa sechzig Leute waren einer Einladung der „Kraftverkehr Freistaat Sachsen AG“ zu einer sogenannten Sieben-Burgen-Fahrt gefolgt, und keiner hat die Beteiligung an dieser Tour zu bereuen gehabt. Das Auto kann eben Ausflugsgebiete erschließen und bequem miteinander verbinden, die dem Eisenbahnreisenden entweder verschlossen bleiben oder doch viel schwerer zugänglich sind. Die Sieben-Burgen-Fahrt, mit der Bahn durchgeführt, würde beispielsweise zumindest zwei Tage erfordern und den Teilnehmern dabei weniger Mühe zur Befichtigung aller Sehenswürdigkeiten lassen, als mit Hilfe des Autobus möglich ist. Außerdem erspart man sich so die oftmals langen und nicht immer sonderlich schönen An- und Abmarschwege. Schließlich können vor allem bequeme oder sukranke Leute eine ganze Anzahl landschaftlicher Schönheiten genießen, zu denen sie sonst kaum je kommen würden.

Gegen 8,30 Uhr morgens, also nicht gerade zu nachtschlafender Zeit, setzten sich die zwei großen, mit gepolsterten Korbfesseln ausgestatteten Wagen vom Leipziger Hauptbahnhof aus ostwärts in Bewegung und saukten auf der Dresdener Staatsstraße dahin, — vorüber an den Eingelobter Eisenbahnwertstätten und der Banischer Trabrennbahn, an den Obigärten von Borsdorf und dem Radeburger Schloß. Vor der Bennwitzer Muldenbrücke bogten sie scharf rechts ab und strebten am Ostrand des Plauß-Waldes entlang nach Trebsen, der ersten jener sieben Burgen, deren Besuch das Programm vorsah. Sie ist merkwürdigerweise nicht allzu vielen Großstädtern bekannt und dabei doch recht bemerkenswert, vor allem wegen ihres an den Basaltstein-Gebeln zum Ausdruck kommenden ostbaltischen Kolonialstils; eigentlich findet man



Hoch über der Mulde thront Leisnig mit seiner alten Feste Mildenstein.

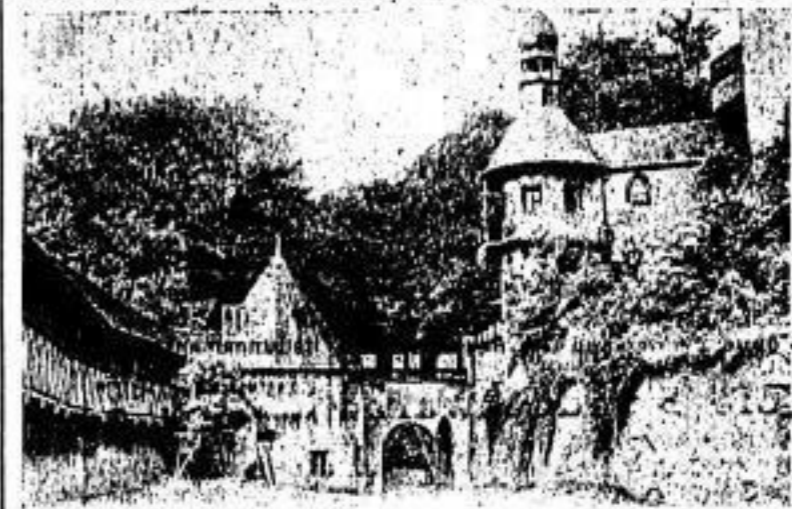
derartige Burgenbauten sonst nur in Brandenburg, Pommern oder Ostpreußen. Das heutige Schloß stammt größtenteils aus der Reformationszeit und wurde durch Professor Schulze-Naumburg vor einigen Jahren stillgerecht „friert“, die älteste Burg ist noch mit ein paar Mauerresten des Bergfrieds vertreten. Auch der Graben ist noch verhältnismäßig gut erhalten.

Von Trebsen ging es sodann durch hübsches Hügelland nach Grimma und zu dem wohlbekanntesten und vielbesuchtesten Kloster Rimböhlen, das eine Luther-Reliquie in Gestalt eines alten Pantoffels der Katharina von Bora zeigt; zudem stehen immer noch einige halbverfallene Wände, durch deren Spitzbogen-Fenster die Bäume in den ehemaligen Saal winkeln. Belides zusammen gibt einem Restaurationsbetrieb mit leicht feudalem Anstrich das Gepräge eines Wallfahrtsortes für romantikbürtende Großstädter; auf der dicht daneben vorüberfließenden Mulde wird sogar Schiffsfahrt getrieben! Das reizte die Burgen-Fahrer insofern weniger als der Kaffe und Kuchen, den es im Angesicht der alten Kloster-räume zu verziehen gab.

Bald ging es wieder weiter, — nach Grimma zueck und hinauf nach der Bergfeste Döben. Viel kann man ihr ja nun nicht absehen, zumal das Innere leider nicht zugänglich ist; infolgedessen fand eine gerade stützfindende Obstbaum-Auktion lebhafteres Interesse. Es wäre wahrscheinlich angelehender gewesen, auf der

Talstraße an Döben heranzufahren und die Teilnehmer mal den einstigen Schloßweg zu den vorgeschichtlichen Wällen hinaufkatzeln zu lassen; auch macht die Burg von dieser Seite her einen weit besseren Eindruck.

Rasch liefen die Wagen nun um den Thümlitz-Wald herum nach Leisnig, dem für die fast zweistündige Mittagstour ausserordentlich gut erhaltene Feste Mildenstein wurde. Bereits im Jahr 1000 herum an der Stelle eines slawischen Walles errichtet und — ebenso wie die Goldberg — von Wiprecht von Großschlo als Keimzelle der Kolonisation benutzt; das benachbarte Kloster Buch war dabei ein wichtiger Helfer. Im Jahre 1188 soll dann einmal der alte Barbarossa hier logiert haben. Der starke, fast vierzig Meter hohe Bergfried gewährt eine prächtige Rundschau auf die



Die Rochsburg, Hol und Wehrgang.

Stadt und deren weitere Umgebung; einen reizenden Blick genießt man ferner auch von einem verandartigen Altan aus, der nach der unten rauschenden Mulde zu vorragt.

Nach einem mehr oder weniger umfangreichen Mittagessen in den am Markt gelegenen Gasthöfen, dessen Preiswürdigkeit niemand bestritt, bestiegen die etwas ausgeruhten Burgen-Fahrer wieder die Autobusse, um nun durch hübsches Hügelland nach Coschitz zu gehen. Dort unterzog sich der Direktor der Korrekptionsanstalt der Mühe, die Besucher selbst durch das aus dem elften Jahrhundert stammende Schloß zu führen. Die beiden Burghöfe wirkten malerischer als der Anblick der Gesamtanlage von außen. Heute bewohnen neben Arbeitsscheuen — natürlich solchen ohne Banknoten — vor allem auch alte und hilflose Leute die Gemächer der Burg. Auf die Bemerkung des Direktors hin, daß etwa 70 Prozent aller weiblichen und 80 Prozent der männlichen Insassen am Gottesdienst teilzunehmen pflegen, daß diese „Quote“ aber gelegentlich der Verabreichung des Abendmahls für beide Geschlechter auf 80 Prozent steige, stellte ein etwas pastoral veranlagter Herr befriedigt fest, daß die Leute „also noch nicht ganz verkommen“ seien! Worauf der Direktor erwiderte, das habe überhaupt nichts mit Religion zu tun; die stärkere „Religiosität“ an den Abendmahlstagen erkläre sich aus der Sehnsucht nach einem gehörigen Schluck Wein! —

An der Mulde hin saukten nunmehr die Wagen nach Rochsburg, dessen altertümliche Kunigunden-Kirche und schönes Schloß kurz besichtigt wurden, worauf es über den Rochsberg nach dem idyllisch gelegenen Wechselsburg ging. Hier fand zunächst eine umfangreiche Kaffeepause statt, die von einigen Teilnehmern auch zu kleinen Spaziergängen an die Mulde ausgenutzt wurde; sodann besuchte man die berühmte Schloßkirche. Sie ist das letzte Überbleibsel jenes Augustinerklosters Witzschellen, das im zwölften Jahrhundert begründet wurde und lange Zeit eine wichtige Rolle als Kultur- und Wirtschaftszentrum an der mittleren Mulde spielte. Weder den anderen Gebäuderesten dieser Abtei erhebt sich jetzt die prächtige Schönburgische Burg. Die Kirche ist eins der prächtigsten romanischen Bauwerke Sachsens, zeichnet sich im Innern durch bemerkenswerte Holzschneidereien und Glasmalerien aus und wird von Kunstfreunden des In- und Auslandes viel besucht.

Unter dem Cosener Bladutz hin und durch Runzenu strebten die Wagen hier auf zur Rochsburg, der letzten Etappe dieser Fahrt. Auf der Zugbrücke stautte sich zunächst die Welle der Besichtigungshungrigen Ausflügler, da das Tor abgeriegelt war; daher fand man hinlänglich Zeit, diese wohl romanischste Feste Sachsens mit ihren Türmen, Zinnen, Schießscharten und Wehrgängen zu betrachten. Sie repräsentiert das Ideal einer Raubritterburg, wie sich's jeder nach Abenteuerbürtende Junge vorstellt. Auch der Rittersaal und die anstehenden Räume haben mit ihrem Mobiliar den alten Charakter wohl bewahrt, doch ist andererseits manches so verfallen, daß man fast verführt ist, auf das Herabstürzen des nächsten Steines zu warten. Immerhin verleiht gerade dieser nicht eben erfreuliche Umstand der Burg einen eigenartigen Reiz.

Von der Rochsburg aus ging es nun in rascher Fahrt über:

Teppiche sind jetzt 5000 billig bei Teppich-Drews

Königsplatz-Ecke

Saison-Ausverkauf nur noch bis 25. Juli

Königsplatz-Ecke





# Kreditkrise und Staatskontrolle

Professor Wagemann schreibt im letzten Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung unter anderem folgendes:

Die Konsequenz der Entwicklung ist, daß die Kredite bei sämtlichen Banken zu gleicher Zeit einzufrieren drohen, daß also von den führenden Kreditinstituten weder einzelne geopfert werden können, ohne das ganze Kreditwesen ins Wanken zu bringen, noch einzelne sich aus einem Zusammenbruch retten können. Einen völligen Zusammenbruch des Kreditwesens kann man nur aufhalten, wenn man für ein gleichmäßiges Vertrauen zu allen führenden Kreditinstituten sorgt, d. h. wenn aus dieser Gemeinschaft auch eine ausbrüchliche Gemeinbürgerschaft wird. Eine Abwicklung, die ja nur allmählich erfolgen kann unter der Voraussetzung, daß die tatsächlich immobilisierten Gelder auch als solche behandelt werden, legt eine gemeinsame Planung voraus. Der Mobilienkredit ist durch diese Entwicklung eine öffentliche Angelegenheit geworden, ebenso wie im vorigen Jahrhundert das Notenbankwesen und wie es schon seit langem zum größten Teil der Immobilienkredit ist. Auch der Mobilienkredit verlangt eine zentralisierte Kontrolle und jedenfalls eine weit stärkere Beherrschung durch das Zentralnoteninstitut, als es bisher der Fall war.

Lezten Endes sind es Fehler des Kreditwesens, die die jetzige Situation herbeigeführt haben, Fehler, die durch eine durchgreifende Reform zu beseitigen sind. Die Aufgabe, die hier zu lösen ist, ist außerordentlich groß. Es handelt sich aber — und darin liegt ein starkes Argument für eine hoffnungsvolle Betrachtung der gegenwärtigen Lage — nicht um den Mangel von wirtschaftlichen Kräften und Entwicklungsmöglichkeiten, sondern nur um Organisationschwächen, die ein fester Wille zu überwinden vermag.

Der „Deutsche“, die Zeitung der christlichen Gewerkschaften, schreibt:

„Schärfere Bankkontrolle durch Aktivierung der Reichsbank und ein Aktienrecht, das Verschleierungen nicht so leicht macht wie das geltende, und das die Aufsichtsräte zwingt, endlich Aufsicht zu üben: damit hätten wir bereits einen wesentlichen Fortschritt in der unumgänglichen Staatsaufsicht über die Wirtschaft. Natürlich gibt es außer den genannten noch eine große Reihe weiterer akuter Schäden. Man braucht nur an die monopolistische Preispolitik mancher Kartelle und aller Trusts zu denken. Zum Kampf gegen diese Schäden ist nicht viel an neuer Organisation notwendig. Schließlich haben wir ein Reichswirtschaftsministerium, das sich nur etwas häufiger an seinen Namen zu erinnern braucht, um jene Preispolitik möglich zu machen, die einen ungeunden Monopolismus nicht gedeihen läßt.

Alle geistlichen Verbesserungen vermögen nicht aus Dummköpfen Genies und nicht aus Verbrechern Tugendvolle machen. Wohl aber können wir in der Wirtschaft das Sündigen etwas gemäßigter machen, und wir können ein wenig nachhelfen, daß die Geschickteren nicht von den Unverständigen und Leichtsinrigen geföhrt und verführt werden.“

föhrt und verführt werden.“

## Sonderregelungen zur Postverordnung

II Berlin, 22. Juli. Wie im Zusammenhang mit der Verordnung über die Ausreisegeld von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist das Saargebiet selbstverständlich als Inland zu betrachten. Dagegen gelten sowohl Danzig als auch das Memelland als Ausland.

Was Oesterreich angeht, so schweben zur Zeit Erwägungen hinsichtlich einer Sonderregelung. Falls für Oesterreich eine andere Regelung getroffen werden sollte, dürfte auch die Frage geprüft werden, ob auch für andere Gebiete ähnliche Regelungen möglich sind. Zu den abgetretenen Gebieten im Sinne der Durchführungsbestimmungen gehört, wie von zuständiger Stelle bestätigt wird, sowohl Elb-Postlingen als auch der Weichselkorridor. Für eine Reise nach Danzig ist nach der gegenwärtigen Regelung die Zahlung der 100 Mark erforderlich, gleichgültig, ob die Reise auf dem Landwege oder dem Seewege erfolgt.

## Einstellung des Betriebes beim Kornhaus Grimma

MSZ Grimma, 22. Juli. Bekanntlich war für das in Zahlungsschwierigkeiten geratene Kornhaus Grimma von den landwirtschaftlichen Genossenschaften durch Gewährung von Krediten zur Weiterführung des Betriebes eine Stützungsaktion eingeleitet worden. Wie jetzt vom Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften den Gläubigern mitgeteilt wurde, ist eine Rentabilität des Unternehmens für die Zukunft nicht zu erwarten, so daß zwecks Vermeidung weiterer Verluste der Warenbetrieb eingestellt werden soll. Die bestehenden Verbindlichkeiten sollen unter Ausschluß eines Konkurses geregelt werden. In einer am Dienstag abgehaltenen Gläubigerversammlung wurde vorgeschlagen, Forderungen bis 500 Mark bis Ende Januar 1932 in voller Höhe abzuschließen, alle übrigen Forderungen dagegen in Raten zu begleichen, sobald 10 Prozent der dazu erforderlichen Mittel vorhanden sind. Ein Gläubigerausfluß wird die weitere Regelung in die Wege leiten.

Verbilligter Roggen für Bauern. Der Rat der Stadt Bauhen hatte bei der letzten Brotpreiserhöhung beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft beantragt, der Roggenknappheit abzuwehren. Der Rat nahm in seiner letzten Sitzung am Dienstag von einer Mitteilung der Reichshauptmannschaft Kenntnis, wonach den großen Mühlenwerken in der Oberlausitz aus den Beständen der Deutschen Getreidehandels-gesellschaft verbilligter Roggen zur Verfügung gestellt worden ist.

Diskonterhöhung in Oesterreich. Die österreichische Nationalbank hat den Diskontsatz von 7½ auf 10 v. H. und den Lombardzinsfuß auf 10½ bis 11 v. H. erhöht. In Frankreich wird die Anschauung vertreten, daß auch diese Erhöhung nach unten hin zu gehen sei, es ist nicht ausgeschlossen, daß in nächster Zeit weitere Zinsfußerhöhungen folgen werden.

Borna nach Leipzig zurück, wo die Wagen gegen 22.30 Uhr wieder eintrafen. Man gedenkt die Gesamt-Fahrtzeit durch Weglassen Döbrens, sowie durch eine durchaus angängliche Verkürzung der Pausen um etwa zwei Stunden zu verkürzen. Der Fahrpreis in Höhe von 10 Mark, einschließlich aller Befestigungen und Führungen, ist verhältnismäßig niedrig, zumal wenn man berücksichtigt, daß die Gesamtstrecke fast 200 Kilometer lang ist; trotzdem bedeuten diese zehn Mark für den Arbeiter oder Angestellten gerade heutzutage einen hübschen Gewinn, so daß wohl nur ein kleiner Kreis diese prächtigen Gelegenheiten einer schönen und zugleich romantischen Fahrt genießen kann.

Die Autobusse werden von Beauftragten der „Kraftverkehr Freistaat Sachsen AG“ begleitet, die jede gewünschte Auskunft erteilen und ihre „Familie“ in jeder Weise betreuen; außerdem gibt die Gesellschaft jedem Fahrteilnehmer eine Art Baedeker in die Hand in Gestalt einer gedruckten Uebersicht über die geschichtliche Bedeutung der einzelnen Orte, die besucht werden. Derartige Sieben-Tagen-Fahrten finden wieder statt am 2. August, 6. September und 4. Oktober. R. H.

# UMGEBUNG

## Allerhand Klamauf

r. Für den 15. Juli hatten die Kommunisten von Großsch und Pegau zu einer Demonstration gegen die Notverordnung aufgerufen. Und so geschah es, daß die „Massen“ in Stärke von 77 Mann und einer Frau die Straßen durchzogen und an den Ecken der Kampfstraßen erscholl: Wir fürchten uns nicht vor der Polizei. So weit, so gut. Auf dem Großsch Marktplatz aber nahe das Unheil in der Person des Polizeikommissars Wolf, und siehe da, man fürchtete sich wirklich nicht. Der Pegauer Stadtverordnete Schindler hieß den Polizeimann am Gummitüppel fest und schrie also: „Wenn du losläßt, treten wir dich kaputt!“ Nach kurzem Hin und Her kam der Paulenschlag in Gestalt des mittlerweile angerufenen Ueberfallkommandos. Und siehe da — weg war die Furchtlosigkeit, behend waren die meisten um die Ecken verschwunden. Nun eine Frage: Denken die kommunistischen Arbeiter wirklich, daß durch solche Szenen auch nur das Geringste geändert wird? Liegt die Macht der Arbeiterklasse nicht nur im Zusammenschluß in einer Partei, in einheitlichen Aktionen? Wie lange soll es noch dauern, ehe die Vernunft siegt?

Das war der eine Klamauf. Und nun zum andern. Den vergangenen Sonntag hatten sich die Prätorianergarden des Großkapitals, die „rauen Kämpfer“ im festschwarzen Hemd, dazu angesetzt, unserm Städtchen in einem sogenannten Werbezug ihre nichtsagenden Botsagen in natura vorzuführen. Man muß bedenken, unsere Karikaturenzeichner sind noch nicht weit genug, um Karikaturen von diesen Aushängewürstern zu liefern. Schweiß in 600facher Auflage. Was aber nicht belegen will, daß man den braven Soldaten Schweiß in geistiger Hinsicht mit diesen auf eine Stufe stellen kann. Mit den Klängen des Hohenfriedberger und anderer Militärmärsche kamen sie angezogen und — provozieren. Underschiedliche. Zu ersten Zwischenfällen kam es jedoch nicht, da sich die Großsch Arbeiterklasse zurückgezogen hatte. Nur in der Altenburger Straße erhielt ein junger Sozialist einen Faustschlag und einem Kommunisten erging es ebenso. Das Tragen von Abzeichen einer Arbeiterorganisation bringt die braune Pest eben in Gefahr. Man muß das mittelalterliche Lächerliche der Leute vom Ueberfallkommando gesehen haben bei dem hysterischen Geschrei: „Deutschland erwache!“ um zu ermessen, welcher Lächerlichkeit sich dieses uniformierte Heer der geistig Minderbemittelten preisgibt. Die Ansprache auf dem Markt brachte außer dem üblichen nichtsagenden Gerede das Eingeständnis des Redners, daß der Nationalsozialismus bisher Verwirrung im Volke angeht und daß man jetzt zum Schlage ausholt. Vielleicht gar legal? Die Stadt atmete auf, als diese Horden verschwunden waren. Und das war der andere Klamauf. Die Speisung der 600 vollzogen Großsch Arbeiter. Bieleicht rechnet die notleidende Landwirtschaft damit, daß die verführte „Judenrepublik“ ihnen die Kosten in Form von Subventionen wiedergibt.

## Aufpassen und handeln!

r. Im „Freiheitskampf“ Nr. 166 lesen wir folgendes: „Achtung, Postbesitzer des „Freiheitskampf“ in Großsch. Postabonnement für August 1931 nicht erneuern. Der „Freiheitskampf“ wird ab 1. August durch den Austräger zugestellt. Die Parteigenossen und Besieger erhalten den „Freiheitskampf“ dadurch schon am Abend des Erscheinungstages. Am 13. Juli werden die Zeitungsgelder durch einen von mir beauftragten und mit Inzasso-Vollmacht versehenen Parteigenossen einliefert. . . . Beschwören über Zustellung oder sonstige Anfragen sind zu richten an den Ortsgruppenleiter Wg. Alfred Sülzped, Großsch, Bahnhofstraße 62, oder an den Ortsgruppenleiter Wg. Rechtsanwalt Jul. Walter Schmidt, Großsch, Am Bahnhof 6.“ — Also, Proleten, wenn ihr bis jetzt noch im Zweifel war, daß der oder jener Geschäftsinhaber Nazi sei, so könnt ihr jetzt genaues erfahren. Das ist zu begrüßen im Interesse der Reinlichkeit. Nur die armen P. sind zu bedauern. Sie können sich nun den Kopf zerbrechen darüber, wer eigentlich die Inzasso-Vollmacht ausstellt. Die Bekanntmachung klingt gerade, als wenn sie vom halbtierischen Hitler selbst verfaßt wäre. Oder ist das der neudeutsche Stil im Dritten Reich? Taucha.

ma. In Taucha wird von den Kommunisten eine Ortszeitung herausgegeben, die „Das rote Licht“ betitelt ist, richtiger müßte es eigentlich heißen „Transfusen“, denn was in diesem Blättchen den Lesern geboten wird, sind nichts als Verdrehungen und dumme Verleumdungen ganz niedriger Art. In der Nummer vom 7. Juli schreibt nun „Das rote Licht“: Die SWZ Taucha hält Religionsstunden ab. Das war natürlich für die Kommunisten ein gesundes Fressen, der Sozialistischen Arbeiter-Jugend einen Hieb zu verfehlen und sie bei der übrigen Arbeiterschaft lächerlich zu machen. Wenn die Schmierfinken nur halbwegs in der Rechtschreibung bewandert wären, so hätten sie wissen müssen, was die Anführerstriche bei dem Wort Religionsstunde bedeuten. Aber es ist Taktik der kommunistischen Leuchten, ihren Lesern nur das vorzusetzen, was ihnen gerade in den Kram paßt. Wir können jederzeit verantworten, was in unseren Heimatblättern getrieben und über was gesprochen wird, anders die kommunistische Jugend, die in ihren Heimatblättern Stat spielt.

## Fahrplanänderung

Vom 1. August 1931 ab werden die Werktags-Personenzüge 2902 W (Leipzig-Deusch ab 6.28 Uhr, Merseburg an 7.12 Uhr) und 2909 W (Merseburg ab 17.13 Uhr, Leipzig-Deusch an 18.07 Uhr) ab und bis Leipzig-Hauptbahnhof durchgeföhrt und verkehren dann wie folgt:

6.18 Uhr ab Leipzig-Hauptbahnhof, 6.21—22 Leipzig-Gohlis, 6.25—26 Leipzig-Mödnern, 6.29—31 Leipzig-Deusch, 6.33—37 Gundersdorf-Burgthausen, 6.43—44 Dölsig, 6.48—49 Kößlich, 6.56—58 Jöschken, 7.00—01 Wallendorf, 7.08—09 Kößlich, 7.15 an Merseburg. 17.13 Uhr ab Merseburg, 17.20—21 Kößlich, 17.30—31 Wallendorf, 17.36—37 Jöschken, 17.44—45 Kößlich, 17.50—54 Dölsig, 18.00—01 Gundersdorf-Burgthausen, 18.07—08 Leipzig-Deusch, 18.11—12 Leipzig-Mödnern, 18.15—16 Leipzig-Gohlis, 18.21 an Leipzig-Hbf. Der Zug 2095 W verkehrt vom 1. August bis 30. September zwischen Merseburg und Bad Lauchstädt 4 Minuten später, Merseburg ab 7.19 Uhr, Anapandorf 7.30—31, Milzau 7.38—39, Bad Lauchstädt 7.44—47, Groß-Gräfendorf 7.54—55, Schaffstädt an 8.02.

**Konsumbrot ist nach hygienisch einwandfreiem Verfahren hergestellt und sehr schmackhaft. \*\*\*\*\***

# Heimarbeiter und Notverordnung

SPD. Eine besondere Grausamkeit der Notverordnung liegt in dem Versuch, die Heimarbeiter aus der Arbeitslosenvericherung zu verdrängen. Wird diese Absicht durchgeföhrt, dann bedeutet das für die Vermissten der Arbeiter eine geradezu ungeheuerliche Härte; denn das Heimarbeiterelend hat in diesen Tagen der allgemeinen Not wahrhaftig nichts von seiner Schauerlichkeit verloren.

Die freien Gewerkschaften lassen zur Zeit in den wichtigsten Heimarbeiterbezirken neue Beschäftigungen und Beobachtungen durchföhren, um die Arbeits- und Unterstütuungsverhältnisse an Orte genau nachzuprüfen. Die Gläubiger, die bei dieser Nachprüfung sichtbar werden, sind erschütternd. Erschreckende Armut tritt überall zum Vorschein. Die Unterernährung ist etwas Selbstverständliches. Sie ist so schlimm, daß z. B.

die aus den thüringischen Heimarbeiterbezirken zu einem Erholungsurlaub in die Sommerfrische verschickten Heimarbeiterkinder nicht imstande waren, das ihnen vorgesehene bessere Essen zu genießen, weil der Magen so geschwächt war, daß er eine kräftigere Kost nicht mehr bewilligen konnte.

Neid gibt es in der Heimarbeiterfamilie so gut wie gar nicht. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich 14 bis 16 Stunden. Die Entlohnung fürchterlich. So erzielt z. B. eine Heimarbeiterfamilie in Lauscha (Thüringen), die Christbaumstümpf verfertigt, und aus 5 Kisten besteht, bei Beschäftigung des Vaters, der Mutter und eines Kindes

im Monat netto 25 Mark.

Ein Qualitätsarbeiter unter den Maskenmachern, d. h. ein Heimarbeiter, der Maskenaugen herstellt, erhält für die Verfertigung eines Auges, wozu er eine halbe Stunde braucht, inklusive Materialkosten 30 bis 50 Pf.

Eine Herausnahme der Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung wäre nichts anderes als eine Brutalität. Schon die letzte Verordnung des Verwaltungsrates vom Oktober vorigen Jahres, wonach Heimarbeiterfamilien mit mindestens drei Familienangehörigen oder zwei familienfremden Hilfskräften aus der Versicherung ausgenommen, war eine sehr schmerzliche Härte; denn es liegt ja auf der Hand, daß eine Heimarbeiterfamilie sich nur über Wasser halten kann, wenn möglichst viel Familienangehörige mitarbeiten.

Schwarzarbeit kommt natürlich vor, und was nicht sein darf, darf und soll nicht sein. Allein, um wird nicht gesündigt und wo wäre die Schwarzarbeiterfamilie verzeihlicher als bei den armen Teufeln der Heimindustrie? Wenn aber schon unbedingt Vorseorge getroffen werden soll, daß ja nicht einer der am Hungerstich nagenden arbeitslosen Heimarbeiter ein paar Groschen zuviel erhält, braucht man noch nicht gleich das Kind mit dem Bade auszuschütten, dann läßt sich immer noch durch eine geeignete Kontrolle Abhilfe schaffen, vielleicht durch die Einführung von Arbeitsbüchern oder durch die Festlegung einer Pflicht des Arbeitgebers, alle Aufträge über die Arbeitsämter zu erteilen.

Die Heimarbeitergemeinden wehren sich verzweifelt gegen die Absicht, die Heimarbeiter aus der Versicherungsspflicht herauszunehmen. Sie finden dabei auch die Unterstützung der Handwerkskammer.

Weibe: Gemeinden und Handwerkskammern, fordern mit allem Nachdruck, daß die Versicherungsspflicht bestehen bleiben muß. Nur die Industrie- und Handelskammer ist dagegen. Für sie ist es allein die Parole der Arbeitgebervereinigungen maßgebend. Die Gemeinden kämpfen mit ihrem Kampf um die Erhaltung der Arbeitslosenunterstützung für die Heimarbeiter um ihre eigene Existenz; denn sie sind rettungslos dem völligen Bankrott ausgeliefert, wenn die ganze Wucht der Arbeitslosigkeit in der Heimindustrie auf sie fällt. Schon jetzt leben sie ja vielfach nur von Zuschüssen auf künftige Ansprüche!

Das mindeste, was man erwarten darf, ist eine Ausdehnung der Uebergangszeit für die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter auf ein Jahr, ähnlich wie für die unabhängig Beschäftigten durch die Novelle vom 12. Oktober 1929 eine Uebergangszeit von einem Jahr bis zur Regelung durch den Verwaltungsrat vorgesehen wurde.

## Ausförrung auf den Dillinger Hüttenwerten

II Saarbrücken, 22. Juli. Die Belegschaft der Dillinger Hüttenwerke hat Dienstag vormittag, nachdem die zwischen dem Arbeiterausfluß und der Direktion geföhrt Lohnverhandlungen ergebnislos verlaufen waren, die Arbeitsstätte verlassen. Da einer Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit nicht Folge geleistet wurde, gab die Direktion durch Anschlag bekannt, daß der Betrieb des Wertes bis auf weiteres unterbrochen werden müsse. Von dieser Maßnahme werden über 5000 Arbeiter betroffen. Der Bürgermeister von Dillingen sowie der Landrat haben sofort ihre Vermittlung angeboten.

## Arbeitszeitvereinbarung

### im rheinischen Braunkohlenbergbau

SPD Köln, 21. Juli. Am Dienstag wurde für den linksrheinischen Braunkohlenbergbau folgende freie Vereinbarung abgeschlossen: Ab 1. September Herabsetzung der Schichtzeit von 9 auf 8½ Stunden, der Arbeitszeit von 8½ auf 8 Stunden ohne Lohnausgleich. Dort, wo der Betrieb es erlaubt und die Möglichkeit gegeben ist, kann mit Einwilligung des Betriebsrats auch die Schichtzeit auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Der bisherige Lohn bleibt bis zum 15. Oktober bestehen. In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober soll über den Lohn erneut verhandelt werden. Damit wäre also der von den Unternehmern geplante zehnprozentige Lohnabbau zunächst abgewehrt.

## Kommunistische Erntestreikpropaganda

MSZ Weihenfels, 22. Juli. Auch im Landkreis Weihenfels haben die Kommunisten versucht, die Landarbeiter zum Eintritt in den Erntestreik zu veranlassen, der Streikparole ist jedoch niemand gefolgt. Mehr Erfolg hatten die Betreuer des Streiks im Kreise Merseburg, wo unter der Arbeiterkassette des Ritterguts Kerschkau ein wilder Erntestreik ausgebrochen ist. Zur Verhütung von Ausschreitungen wurden verstärkte Polizeikräfte eingesetzt.

## Vor dem Ende des nordfranzösischen Textilstreiks?

SPD Paris, 22. Juli. Trotz der Bemühungen der sozialistischen Gewerkschaften, die Streikfront im nordfranzösischen Textilgebiet durch die Wandler des Metallkonjunktions nicht durchbrechen zu lassen, macht sich allmählich doch eine starke Streitmüdigkeit unter den Arbeitern bemerkbar, die vor allem auf die großen Entbehrungen während des langen Streiks zurückzuführen ist. So haben am Dienstag 16 000 und am Mittwoch 18 000 Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Damit hat sich die Zahl der Streikenden auf etwa 50 000 Mann verringert, die wahrscheinlich nicht bald die Arbeit wieder aufnehmen werden.

## Versammlungskalender

Freitag, 24. Juli 1931. Deutscher Textilarbeiterverband, Volkshaus, 19.30 Uhr.



# SACHSEN

## Schwere Blamage für die Nazis

Herr Arno Franke, der Schriftleiter des sächsischen Nazi-Organs, mußte vor einiger Zeit in den Spalten des von dem „Frontkämpfer“ Ruffmann finanzierten „Freiheitskampf“ einen Rückzug antreten, weil er ein Mitglied der Redaktion der LZ besetzt hatte. Dazu durfte dieser merkwürdige Erneuerer Deutschlands wegen der gleichen Angelegenheit eine Buße an die Arbeiterwohlfahrt zahlen. Aus dieser Tatsache hat Herr Franke leider nichts gelernt. Er benutzte nach wie vor die Lilge als politisches Kampfmittel. Rührte sich einer der Angegriffenen und drohte mit der Justiz, dann lag der Vorkämpfer vom Dritten Reich auf dem Bauch und winkte um Gnade.

Ja sogar in den Spalten des Nazi-Industriellen Ruffmann wird dann der Rückmarsch geblasen, in denen Herr Franke nachstehende Erklärung veröffentlicht:

Am 24. Dezember 1930 brachte ich als verantwortlicher Schriftleiter des „Freiheitskampfes“ unter der Überschrift: „Ein zweiter Fall Tempel“ einen Artikel, der sich mit den sogenannten Zuständen am Sanatorium Kreiße und insbesondere mit der Person des dort leitenden Arztes, Sanitätsrat Dr. med. Heinrich Krapp, befaßte. Der Artikel hat zu einer gerichtlichen Beschlagnehmung der Nummer 123 des „Freiheitskampfes“ vom genannten Tage und auf Grund des von Herrn Sanitätsrat Dr. Krapp gestellten Strafantrages zur Einleitung eines Offizial-Straf-Verfahrens gegen mich geführt.

Ich habe mich inzwischen davon überzeugt, daß ich hinsichtlich des erwähnten Artikels einer völlig unrichtigen Information zum Opfer gefallen bin. Soweit es sich in dem Aufsatze um vertragliche Abmachungen des Herrn Sanitätsrates Dr. Krapp mit der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte handelt, wurden mir diese völlig entzogen mitgeteilt, und zwar unter Verwendung eines durchaus falschen Zahlenmaterials. Soweit es sich um die Anwürfe und Verdächtigungen gegen die Person des Herrn Sanitätsrates Dr. Krapp handelt, habe ich mich davon überzeugt, daß sie jeder erweislichen Unterlage entbehren. Ueberdies ist Herr Sanitätsrat Dr. Krapp nicht Jude, sondern vielmehr — ebenso wie seine Ehefrau — väterlicher- und mütterlicherseits rein deutscher Abstammung und seit der Reformation evangelisch-lutherischen Bekenntnisses.

Unter diesen Umständen nehme ich den von mir veröffentlichten Artikel nach Form und Inhalt mit aufrichtigem Bedauern zurück und zahle eine Buße von 500 Mark zugunsten der Armen der Gemeinde Kreiße. Ich habe Herrn Sanitätsrat Dr. Krapp gebeten, den gegen mich gestellten Strafantrag zurückzunehmen, und habe mich bereit erklärt, die in der Sache entstandenen gerichtlichen Kosten zu tragen.

Dresden, den 17. Juli 1931.

Arno Franke,

Verantwortlicher Schriftleiter des „Freiheitskampfes“.

Das ist echt nationalsozialistisch! Erst die Leute persönlich verkommen, mit Lügen argumentieren und schließlich untertänigst Abbitte leisten!

## Die sächsische Regierung zur Notverordnung

Wie von der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei mitgeteilt wird, wird in Kürze eine sächsische Verordnung erlassen, in der zur Notverordnung über die Erhebung einer Gebühr für Auslandsreisen u. a. festgestellt wird, daß in dem Begriffe kleiner Grenzverkehr der Auslandsverkehr mit einem sogenannten Tagesausweis nicht eingeschlossen ist. Dieser Grenzverkehr ist für die Geltungsdauer der Verordnung aufgehoben.

## Dritte Baugeldzuteilung bei der Landesbausparkasse

Am Montag, dem 20. Juli 1931, fand bei der Landesbausparkasse Sachsen in Dresden die 3. Baugeldzuteilung statt. Zugeteilt wurden 66 Verträge über 239 000 Mark Vertragssumme; außerdem sind schon für die Anfang Oktober d. J. stattfindende 4. Baugeldzuteilung weitere 7 Verträge über 80 000 Mark Vertragssumme vorweg zugeteilt worden. Die Vertragsinhaber der zugeteilten Summen wohnen in allen Teilen des Landes.

Damit hat die Landesbausparkasse seit ihrer vor reichlich einem Jahr erfolgten Geschäftsaufnahme der sächsischen Wohnungswirtschaft bereits den ansehnlichen Betrag von insgesamt 843 000 Mark langfristiges, vierprozentiges Hypothekenskapital zu Neubau- und Entschuldungszwecken zur Verfügung gestellt.

## Dresdener Sparkasse wertet 34 Prozent auf

Vom Vorstand der Sparkasse der Stadt Dresden wird geschrieben: Der Entwurf zum Teilungsplan für die aufzuwertenden Markt-Spareinlagen liegt vom 20. Juli bis mit 19. August 1931 in allen Kassenstellen der Sparkasse der Stadt Dresden zur öffentlichen Einsicht aus. Der Teilungsplan schließt mit 50 828 674,51 RM. Aktiven und 148 907 886,22 RM. Passiven ab. Der Aufwertungssatz ist vom Treuhänder mit 34 v. H. errechnet worden. Nach Beendigung der Auslegungfrist ist der Teilungsplan dem Ministerium des Innern zur Genehmigung vorzulegen. Bis dahin werden, wie bisher, im Falle des Bedürfnisses Abschlagszahlungen nach dem Satze von 25 v. H. geleistet.

## Stroh Landtagsferien ...

Im Landtage, der sich bekanntlich bis zum Herbst vertagt hat, sind eine Reihe Anfragen und Anträge verschiedener Fraktionen eingegangen. Dr. Kastner von der Staatspartei beschwert sich in einer Anfrage über den Mangel an Bänderolen, der in den Dresdener Zigarettenfabriken seit dem 1. Juli 1931 herrsche. Die Regierung wird gefragt, was sie getan habe und weiter zu tun gedenke, um dem die sächsische Industrie auf das schwerste schädigenden, völlig unerschöpflichen und unbilligen Verhalten der Reichsregierung mit Erfolg entgegenzutreten und schnelle Abhilfe der Mißstände zu erreichen.

Die kommunistische Fraktion ersucht in einem Antrage die Regierung, die Verordnung über die Totengedächtnis- und Befreiungsfeiern an den Schulen zurückzuziehen.

Ein Antrag der Wirtschaftspartei ersucht die Regierung, zur Beseitigung von Bergschäden, für die Erlahmsprüche an den Bergbauarbeitenden nicht geltend gemacht werden können, den Grundstückeigentümern auf seinen Antrag vom Staat verbilligte Hypothekendarlehen zum Wiederaufbau und zur Reparatur zur Verfügung zu stellen. Eine weitere Anfrage der Wirtschaftspartei bezieht sich auf die unteren Verwaltungsbehörden wiederholt auf Grund von § 20 der Reichsverordnung über Handelsbeschränkungen vom 18. Juli 1923 gegen Gewerbetreibende, die wegen einer geringfügigen einmaligen Verfehlung bestraft wurden, vorgegangen seien. Die Regierung wird gefragt, ob sie gewillt ist, die unteren Verwaltungsbehörden darauf hinzuweisen, daß nur in besonders schweren Fällen nach einer gerichtlichen Verurteilung ein Verfahren zum Zwecke der Entziehung der Handelsverlaubnis eingeleitet werden darf.

## Das Hakenkreuz in der Verlobungsanzeige

Wir berichteten, daß im Mai ein Oberleutnant der Reichswehr in Dresden seine Verlobungsanzeige im „Freiheitskampf“ mit einem Hakenkreuz „geschmückt“ hatte. Der Hakenkreuzler hatte deshalb durch Strafbefehl zwei Wochen verschärften Arrest bekommen. Er erhob Einspruch. Das Gericht erkannte auf die Mindeststrafe des § 92 Militär-St.-G.-B. von einer Woche verschärften Arrest. Zu einer Entschuldigung hatte der Obergeleitete u. a. angeführt, er habe das Hakenkreuz bei der Verlobungsanzeige auf Wunsch seiner Braut verwendet.

Inlandslegitimation ausländischer Arbeiter. Nach einer Verordnung des Ministeriums des Innern werden die in der Ministerialverordnung über Inlandslegitimation ausländischer Arbeiter vom 18. 1. 1923, bzw. vom 31. 12. 1925, angeführten Kostenbeträge für das Jahr 1931 um je 2 Mark erhöht.

Schiffbau. Tödlicher Verkehrsunfall. Vor dem Gasthaus Fischpaul wurde der 73 Jahre alte Hermann Müller von einem Radfahrer zu Boden gerissen. Er erlitt einen Schädelbruch, der seinen sofortigen Tod herbeiführte.

Bad Schandau. Ein Paddler ertrunken. Unterhalb Herrnskreitzchen ertrank ein Paddelbootfahrer aus Pössa. Als er mit seinem Boot von Schöna nach Herrnskreitzchen übersehen wollte und ein zweiter Paddler das Boot besteigen wollte, kippte dieses um. Der Besitzer des Bootes, der des Schwimmens unfähig war, ertrank. Seine Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

## Autofahrten in den Tod

TU Paris, 21. Juli.

Bei Dion kam ein Privatkraftwagen, in dem der Besitzer mit Frau und Tochter sowie einem Freunde Platz genommen hatten, in scharfem Tempo beim Überqueren der Loire-Brücke ins Rutschen, durchbrach das Geländer und stürzte auf die zwölf Meter tieferliegende Sandbank. Hier überschlug sich der Wagen. Alle vier Insassen waren auf der Stelle tot und zum Teil furchtbar verstümmelt.

SPD Paris, 22. Juli.

In der Nähe von Befancon kam ein Personenkraftwagen in einer Straßenecke ins Schleudern und fuhr gegen einen aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Lastkraftwagen. Infolge des heftigen Zusammenstoßes plägte der Benzintank des Privatwagens und das Benzin entzündete sich. Die drei Insassen des Autos konnten sich nicht befreien und verbrannten. Der Führer des Lastkraftwagens kam mit einigen Brand- und Schnittwunden davon.

Freiburg (Unstrut), 21. Juli.

In der Nacht zum Montag wollte ein Motorradfahrer mit Beifahrer an einer Kurve bei Gleina einem anderen Fahrzeug ausweichen, geriet aber dabei in den Straßengraben und stürzte. Der Führer war sofort tot. Der Soziusfahrer wurde schwer verletzt.

In der Nähe von Breznau überschlug sich ein Berliner Auto und blieb zertrümmert liegen. Einer der Insassen wurde tödlich, ein anderer leicht verletzt. Der Chauffeur kam mit heiler Haut davon. Ursache der Katastrophe: Plagen des rechten Hinterreifens während voller Fahrt.

## Im Kampf mit Verbrechern

Bei einem Raubüberfall auf eine Bank in Green Bay (Wisconsin, USA) erbeuteten Banditen etwa 10 000 Dollar. Zwischen der sofort alarmierten Polizei und den fliehenden Räubern entspann sich ein wildes Feuergefecht. Der Polizist und zwei Beamte erlitten Verletzungen. — Bei einem Raubüberfall auf eine Chicagoer Bank entkamen mehrere Verbrecher mit etwa 7000 Dollar. — Die New Yorker Polizei hat etwa 10 000 Revolver, Dolche, Schlingringe und andere Waffentypen, die innerhalb des letzten Jahres bei Verbrechern gefunden wurden, in der Nähe von Sandy Hook an einer tiefen Stelle ins Meer versenkt.

Auf Grund eines militärgerichtlichen Urteils wurden in der sächsischen Kreisstadt Schaulen 4 Banditen hingerichtet, die seit mehreren Jahren die Landstraßen Norditaliens unsicher machten.

Am Montag wurde auf polnischem Boden unmittelbar an der deutschen Grenze in der Nähe von Schwenten im Kreise Bomsch ein polnischer Zollbeamter von zwei deutschen Schmugglern erschossen, die sich auf polnischen Boden begeben hatten. Von der Grenzkriminalpolizei in Neu-Bentschen wurden die Täter verhaftet.

## Zwei Geliebte und sich selbst erschossen

Ein italienischer Arbeiter hat am Dienstagvormittag in dem Pariser Vorort St. Denis seine beiden Geliebten durch Revolvererschüsse schwer verletzt und sich dann durch einen Schuß in die Schläfe das Leben genommen. Aus einem in den Taschen des Italicners gefundenen Brief geht hervor, daß eine Geliebte ihn veranlaßt hat, sein Eigentum in Italien zu verkaufen. Als sie mit ihm den Erlös vergeudet hatte, verließ sie ihn. Als er am Dienstagvormittag keinen Pfennig Geld mehr besaß, führte er die Drohung aus und wandte die Pistole zugleich gegen seine zweite Freundin. Die beiden Frauen sind abends im Krankenhaus gestorben.

## Opfer des Wirtelsturmes in Lublin

TU Warschau, 21. Juli.

Nach den bisherigen Meldungen wird der durch den Wirtelsturm in Lublin und Umgebung angerichtete Schaden auf drei Millionen Zloty geschätzt. Sechs Personen wurden getötet, über 150 Personen erlitten Verletzungen. Zahlreiche Gebäude wurden vollständig zerstört. Einige Tausend Menschen sind obdachlos. Lebensgefährliche Hundebisse. In Wiehe a. d. Unstrut kam das zwei Jahre alte Mädchen des Landwirts Paul aus Donndorf der Hundehütte zu nahe und wurde von dem bössartigen Tier angefallen. Dem Kind wurde das Gesicht derartig zerfleischt, daß wenig Hoffnung auf Rettung besteht.

**Verkäufe**

Original Moaberg  
**Maurer- und Zimmerer-Hosen** extra stark  
Eckardt, Sophtenstraße 10

Großer mod. Kinderwagen (beige), f. neu, 6 u. 8 Jahre W 31, Quandstraße 18, I. I.

Mod. II. Klappwagen zu verl. Paulinenstraße 2, prt., Mitte

**Okina** Stück Kuchen 35

Billiger als Brötchen

**Okina** Melone Stück 5

Mit Ei gebunden, garantiert ohne Margarine.

**Diverses**

Ehrentafelung! Die Beleidigung, die ich gegen die Familie Th. Däubler, Eldstr. 25, ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück.  
Fran Vabli.

**WARNUNG**

Ehe man anmeldet, 10 Gebote für Erfinder kostenlos beziehen vom Patentbüro  
Ingenieur Müller & Co., Leipzig, Hirtelstr. 25 V.

**Wohnungen**

Adl. Schep. I. a. 1. o. 15 B. 2 m. l. 31 mm. 30-40 A. 3 uchr. unt. E. B. Banritzche Str. 2, Tr. C. I. I.

**Der Bücherfreund**

dem das gute Buch zum Leben ebenso notwendig ist wiejedem andern Menschen das tägliche Brot, findet bei uns eine überreiche Auswahl von guten, preiswerten Büchern. Beachten Sie unsere Bücherbesprechungen in der Volkszeitung über die Neuerscheinungen in der Literatur • Alle nicht vorrätigen Bücher werden auf Wunsch schnellstens ohne Preisauflschlag besorgt

**Die Volksbuchhandlung**  
der Leipziger Buchdruckerei AG, Leipzig C 1

**Louder-Angebot**

Gut und billig

**Für das Wochenende**

**Plockwurst** ..... 1/4 Pfund -.33  
**Salami**..... 1/4 Pfund -.35  
**Feinkostkäse** 3 Schachteln -.40  
**Edamer Käse** vollfett, 1/4 Pfund -.22

**Neue Kartoffeln** 10 Pfd. -.52  
**Matjes-Heringe** ... Stück -.10

.....und 5% Rückvergütung

**SCHADE & FÜLLGRABE**  
LEIPZIG 175 Filialen FRANKFURT

**KAUF**

des Jahres 1931 Preis  
ein Schauspieler

Nur noch bis  
Sonnabend, d. 25. Juli

Nie wieder so billig!

**Schuh-Becker** Hallische Str. 130

Poststraße 15

Unsere Qualitäten sind Ihnen bekannt aber - die neuen Preise bringen Sensation



Delegationen zum Wiener Sozialistenkongress

(V. V.) Täglich gehen noch Anmeldungen zum Internationalen Kongress beim Sekretariat der SWJ in Zürich ein. Über schon die bisherigen Mitteilungen der Parteien berechnen zu der Schlussfolgerung, daß der Wiener Kongress so zahlreich und repräsentativ beschickt sein wird, wie keiner vorher.

Syndikalistische Ausschreitungen

SPD. Madrid, 22. Juli. In der Umgebung von Sevilla sind in der Nacht zum Mittwoch wiederholt zu Ausschreitungen von Syndikalisten. In Coria del Rio verhinderte die Wache einen Sturm auf das Telephongebäude. Drei Personen wurden getötet, zahlreiche schwer verletzt. In Dos Hermanas wurden etwa 20 Personen, in Carmona 15 Personen verwundet. In Utrera wurde ein deutscher Kommunist verhaftet.

Unruhen im belgischen Kongo

Im Zusammenhang mit der Meldung von der Ermordung des Distriktskommissars im belgischen Kongo, Ballot, durch Eingeborene sind im Kolonialamt Berichte eingegangen, nach denen eine Aktion zur Wiederherstellung der Ordnung im Gange ist. In dem Tufutu-Bezirk hat sich der Häuptling Kijunga ergeben. Eine Militärabteilung von 15 Europäern und 370 Eingeborenen, deren Bass Tufutu ist, sind auf dem Vormarsch nach Kambale, um sich dort mit einer anderen aus Europäern und Eingeborenen bestehenden Abteilung zu vereinigen. Ingesamt sind 84 Eingeborene getötet und 32 Soldaten verwundet worden, außerdem wurden 50 Personen verhaftet. Seit dem 6. Juli ist es zu keinem weiteren Zusammenstoß mit den Eingeborenen gekommen. Die Militär- und Zivilbehörden haben sich auf ein Programm der engsten Zusammenarbeit geeinigt, um das Vertrauen der eingeborenen Bevölkerung wieder zu gewinnen.

Die polnischen Flieger vor Gericht

Die beiden polnischen Militärflieger, die am Montag bei Schneidemühl notgelandet waren, wurden am Dienstag vom Amtsgericht wegen unerlaubten Grenzübertritts zu je drei Tagen Haft verurteilt. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß die Angaben der beiden Angeklagten durchaus glaubhaft erscheinen. Es sei aber im öffentlichen Interesse nicht auf eine Geldstrafe erkannt worden, weil durch die fortgesetzten Grenzverletzungen durch polnische Flieger die deutsche Bevölkerung im Grenzgebiet erheblich beunruhigt werde.

Gegen die Steuerdrückeberger

Die unzureichende Notverordnung. SPD. Unter dem Eindruck der gegenwärtig herrschenden Geld- und Kreditknappheit ist eine weitgehende Störung der Steuerzahlungen eingetreten, so daß die Steuereinnahmen, die das Reich in diesen Tagen zu erwarten hatte, in außerordentlichem Maße zurückgegangen sind. Die Regierung hat sich deshalb gezwungen gesehen, in einer neuen Notverordnung Zwangsmassnahmen gegen die Rückhaltung der Steuerzahlungen anzuwenden.

Bismarcken verursachen Dambruch

WSL. Mählich (Kr. Torgau), 22. Juli. Am Mittwochmorgen brach der Bismarck-Damm. Das Wasser verschaffte sich im Laufe einer halben Stunde so gewaltig Bahn, daß der Deich in einer Breite von 20 Meter fortgerissen wurde. Auch die Brücke zum Weinberg nahm das Wasser mit. Die Wassermassen ergossen sich über die ganze Breite der Felber und Wiesen im Tal und verwandelten sie in einen großen See. Ueber die Chauffee Dommichs-Mählich spülte die reißende Flut in etwa 30 Zentimeter Höhe. Die Flut trägt Getreidegarben und Häuser mit sich fort. Der Dambruch soll dadurch entfallen sein, daß Bismarcken den Damm unterwühlt haben. Der angerichtete Schaden ist beträchtlich.

Eisenbahnzug angehalten und beraubt

In der Nacht vom 17. zum 18. Juli wurde, wie erst jetzt bekannt wird, ein Eisenbahnzug Darmstadt-Wiesbaden zum Teil ausgeraubt. Der Zug wurde kurz hinter Darmstadt von dem Lokomotivführer auf offener Strecke angehalten, weil kein Durchfahrtsignal gegeben war. Die Nachforschungen ergaben, daß das Signal durch Draht in seiner ursprünglichen Lage festgehalten worden war. Ein Bahnbeamter, der dem Zuge mit dem Rabe entgegenfuhr, um das Lokomotivpersonal von der freigegebenen Durchfahrt zu benachrichtigen, bemerkte, daß aus der Mitte des haltenden Zuges sich Leute eilig entfernten und im Walde verschwanden. Die Kontrolle ergab, daß ein Wagen erbrochen war. Den Räubern sind hauptsächlich Kleidungsstücke in die Hände gefallen.

Mißlungener Raubüberfall

Am Mittwochmorgen wurde auf die Spar- und Darlehnskasse in Langendorf (Kreis Weiskensels) ein Raubüberfall verübt. Zwei maskierte Männer drangen in den Kassentraum ein und bedrohten den Kassanten Schob mit Revolvern. Es gelang dem Kassanten, die Banknoten aus dem Raum zu drängen. Im Hausflur kam es dann zu einem erbitterten Kampf, in dessen Verlauf der Kassant niedergeschlagen wurde. Auf seine Hilferufe eilten Passanten herbei, worauf die Räuber die Flucht ergriffen, ohne irgendetwas Beute gemacht zu haben. Sie konnten noch nicht ermittelt werden.

Anfall beim Segelflug in der Rhön

Der diesjährige Rhön-Segelflugwettbewerb wurde am Mittwochvormittag eröffnet. 55 Maschinen nahmen am Wettbewerb teil. Bei dem ersten Fluge stürzte der bekannte Segelflieger Otto Fuchs mit der „Starkenburg“ über dem Loeffelstein ab. Seine Maschine wurde vollständig zerstört. Fuchs erlitt einen Schenkelbruch.

Die hochverräterischen Gedankartikel

Der vierte Strafsenat des Reichsgerichtes verurteilte den Schriftleiter der „Hamburger Volkszeitung“, Erich Meyer, aus Altona, wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Vergehen gegen das Republikstimmgesetz zu einem Jahr Festungshaft. Erich Meyer, der früher Mitglied des Reichsbanners war, wurde dort ausgetrieben und trat deshalb der SPD bei. Zunächst war er Funktionär des RFB, dann avancierte er zum Organisationsleiter für Harburg-Wilhelmsburg. Nachdem er einige Wochen als Volontär in der „Hamburger Volkszeitung“ tätig war, ernannte man ihn am 20. Oktober 1930 zum verantwortlichen Redakteur. Am 23. Oktober erschien die „Hamburger Volkszeitung“ als Erinnerungsnummer für die Hamburger Barrikadenkämpfe im Jahre 1923. Der Artikel dieser Nummer waren in einer besonders scharfen Tonart gehalten, deswegen leitete die Reichsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur ein Hochverratsverfahren ein. Der Prozeß war schon einmal am 8. Juli angefaßt worden. Da der Angeklagte damals nicht erschien, wurde vom vierten Senat ein Haftbefehl gegen Meyer erlassen.

Neue Zeitungsverbote

Der Oberpräsident von Hessen-Nassau hat die kommunistische „Arbeiterzeitung“ in Frankfurt a. M. auf die Dauer von vier Wochen verboten. Das Blatt hat wiederholt gegen die Presse-Notverordnung des Reichspräsidenten verstoßen. Der Oberpräsident der Provinz Hannover verbot das Naziblatt in Hannover auf vier Wochen. Das Verbot erfolgte wegen einer Kritik des Blattes an der Notverordnung über die Einschränkung der Pressefreiheit und auf Grund eines Artikels mit der Überschrift: „Novembertage 1918 wiederholen sich.“ Weiter wurden für je vier Wochen verboten die nationale sozialistische „Preussische Zeitung“ in Königsberg und die in Rostock erscheinende kommunistische „Volkswacht“.

Naziherde überfällt Reichsbanner

SPD Oldesloh, 21. Juni. In einer Besammlung der Radikaldemokratischen Partei kam es am Montagabend zu einem Zusammenstoß. Die Nationalsozialisten hatten aus der Umgebung Verstärkungen herangezogen. Als die Versammlung wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt wurde, überfielen etwa 100 Nazis den 60 Mann starken Reichsbanner, den das Reichsbanner gestellt hatte, und schlugen mit Messern, Stachkruten und Schlagringen auf die Lärnwachen ein. Es entstand eine Schlägerei, in deren Verlauf es sehr viele oder mehrere Schwerverletzte gab. Die erste Hilfe leisteten die verbleibenden Kameraden Arbeiterkameraden.

Ein Finanzdiktator in Mexiko

SPD Mexiko-Stadt, 21. Juli. Die Berufung des Ex-Präsidenten Calles zum Finanzdiktator steht angesichts der alarmierenden Währungsschwierigkeiten, unter denen Mexiko in letzter Zeit außerordentlich leidet, unmittelbar bevor. Die Regierung hat inzwischen die Gehälter der Beamten und Angestellten sowie der Angehörigen der Armee stark reduziert. Das Wirtschaftsleben ist durch die Entwertung des Silberpelo fast völlig unterbunden.

Neue polnische Spionageaffäre. Im Zusammenhang mit der Spionageangelegenheit des inzwischen hingerichteten Generalstabmajors Demowski wurde in Warschau ein Ingenieur verhaftet, dessen Name noch geheimgehalten wird.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte Heute: Deutsches Beefsteak mit Zwiebeln und Kartoffeln 90 ¢, Kasseler Rökken mit Sauerkraut 1.20, Pökelschweinschinken mit Sauerkraut 1.20. Hausgericht: Tagessuppe und Schweinrücken mit Möhrngemüse 90 ¢. — Morgen: Goochmorte Rindensiere, pikant 1.20, Szegediner Schweinsgulasch 1.20. — Ab 18 Uhr: Schweinsknochen mit Meerrettich und Klößen 1.00. Hausgericht: Ordnarmehlsuppe und Rindfleisch mit Meerrettichsauce und Salzkartoffeln 90 ¢.

Advertisement for 'Das Haus der Volkstümlichen Preise' (The House of Popular Prices) featuring various food items and their prices. Items include Würstchen (50), Delikatess-Senf Gurken (65), Finnischer Schweizerkäse (115), and Holsteiner Zervelat- oder Salamiwurst (138). A central logo for 'WVW' is prominent, with the slogan 'Das Haus der Volkstümlichen Preise'.